

Keramisches Blatt

Wochenblatt für den Keramischen Bund
Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 Rill im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Versandstelle: Charlottenburg 1, Brahestraße 2—3. — Herausf. Amt Wilhelm 5646 und 5647

Nummer 38

Berlin, den 22. September 1928

3. Jahrgang

13. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands.

Der Tagungsverlauf.

Der Gewerkschaftskongress war nicht nur ein Parlament der Arbeiter, sondern auch eines sachlichster Arbeit. In fünf Tagen erledigte er die umfangreiche Tagesordnung in vorbildlicher Weise. Ein holländischer Genosse bezeichnete dies als Nationalisierung. So wie an diesem Umstand schon äußerlich die Einstellung auf Sachlichkeit zu erkennen war, so war auch ein Umschwung der Geister von der Phrasé zu ernsterer Betrachtung der Dinge zu beobachten, wenn man vor allem die Kongresse der



Reichsarbeitminister Wissell.

Kriegsjahre miteinander vergleicht. Die praktische Erfahrung mache aus ehemaligen Eisern-Opponenten vielfach recht vorwürfige Gewerkschafter. Dieser Umstand zeigte sich vor allem in der Diskussion zum Vorstandsbereich und auch in der zu den anderen Tagesordnungspunkten. Es wäre nur zu wünschen, daß diese Wandlung auch in den Mitgliedschaften der Verbände fortgehen würde, damit überall wirkliche gewerkschaftliche Tätigkeit entfaltet werden könnte. Die Delegierten waren keilweise nicht alle mit der Tätigkeit des Bundesvorstandes einverstanden, aber sie bewirgten sich gewerkschaftlich. Eine Ausnahme machten die drei Kommunisten. Sie konnten sich jedoch nicht auswirken, weil ein Absonanzboden fehlte. Ihr Auftreten wirkte in diesem Milieu lächerlich, weil die Phrasé keine kritiklosen Ohren fand und in der Sachlichkeit erstickte. Der Kongress hatte auch viel Wichtigeres zu tun, als sich mit verschrobenen Ideen und ihren Nachbatern auseinanderzusehen. Das ist unzweckmäßig auch ein günstiges Zeichen des Aufstiegs und der Wiedergewinnung der Gewerkschaftsbewegung.

Zu den wichtigsten Begebenheiten des Kongresses zählte die Ansprache des Reichsarbeitministers Wissells über seine Absichten und sein Wirken im Sinne gewerkschaftlicher Forderungen, und die des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius über seine Vermittleraktivität zwischen Unternehmer und Arbeiterschaft. Auch die Ansprache des Reichsinnenministers Severtz, in der er die Abschaffung der Technischen Not hilfe und die Verwendung der Mittel zur Unterstützung staphierender Arbeiterkinder in Aussicht stellte, fand den Beifall des Kongresses.

Gespannteste Aufmerksamkeit herrschte im Saal bei den Delegierten und Gästen während des Vortrags von Dr. Max Nischal: über: „Die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie.“ Der Vortrag war ein geistiger Genuss. Er wird der besonderen Verdienst der Leiter und Leiterinnen empfohlen. Sie werden in diesem Zusammenhang auch auf das Buch: „Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel“, herausgegeben im Auftrage des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, von Dr. Max Nischal, hingewiesen. Das Buch ist bei der Verlagsgesellschaft des genannten Bundes und den Parteibuchhandlungen erhältlich. Dem Vortrag Nr. 1 folgte und den Fortsetzungen von Tarnow dazu ist weit über den Rahmen der Gewerkschaften hinaus Beachtung geschenkt worden. In der sozialistischen Presse fanden die Ausführungen große Anerkennung. Selbst ein Oppositionsorgan wie die „Leipziger Volkszeitung“ schreibt: „Trotz allem bedient das Ergebnis des heutigen Tages (Handlung dieses Themas. D. Red.) eine Nadel Lehr zu Marx.“ Nur die kommunistischen Blätter vertreten die gegenteilige Auffassung, die alles andere nur nicht marxistisch ist. Das hindert jedoch die Gewerkschaften nicht im geringsten, alles zu tun, um die Macht der Arbeiterschaft zu erweitern, und die Wirtschaft mehr und mehr mittels Demokratisierung zu beeinflussen. Es wäre direkt unmarxistisch von den Gewerkschaften, nicht so zu handeln.

„Die Bildungsansagen der Gewerkschaften“ wurden vom Bildungssekretär des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Otto Heßler, behandelt. Er stellte in dem Vortrag das Grundfährliche in den Vordergrund und die Forderungen der Gewerkschaften zum Volkss- und Berufsschulwesen heraus. Reichsinnenminister Severtz hätte es gern gesehen, wenn in diesem Zusammenhang auch das Hochschulwesen miteinbezogen worden wäre, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß diese Forderung an kommenden Kongressen nachgeholt werde. Damit wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Gewerkschaften der Schulbildung, vor allem der Arbeiterkinder, größte Beachtung schenken. Wenn in dieser Beziehung sich die fünf Millionen freiorganisierter Arbeiter und Arbeiterinnen geschlossen für die Forderungen einsetzen, wird es der Reaktion niemals möglich sein, ihre Bestrebungen auf Veröffentlichung der Volkss- und Berufsschulen, wie sie im Neudelischen Schulgesetzentwurf vorgesehen waren, durchzusetzen. Die Fingerzeige, die der Referent noch zu den innergewerkschaftlichen Bildungsansagen gab, werden von allen Gewerkschaften beachtet werden müssen, denn sie sollen die Arbeiter für große Aufgaben mit vorbereiten.

Einem dringenden Bedürfnis trug der dritte Bundesvorsitzende, Hermann Müller (Lichtenberg), mit seinem Vortrag: „Vereinheitlichung und Selbstverwaltung in den Einrichtungen der sozialen Gesgebung“ Rechnung. In den Zeiten der Nationalisierung muß auch in der sozialen Gesgebung vernünftigere gehandelt werden, um mehr Mittel für die wirklichen Aufgaben der Versicherungen zu bekommen. Auch muß den Versicherten, die ja in Wirklichkeit die gesamten Kosten zu tragen haben, auch das Recht, ihre aufgebrachten Mittel selbst zu verwalten, endlich einmal zugestanden werden.

Die pagt Hinweise und die folgenden Berichte über den Verlauf und die Arbeit des Kongresses zeigen den Gewerkschaftsmitgliedern und der Öffentlichkeit, wie lebendig das gewerkschaftliche Streben nach Erweiterung des Einflusses und Steigerung organisierter Macht in der organisierten Arbeiterschaft ist. Neben diesen neu gestalteten Zielen bleiben natürlich die vielen berechtigten Forderungen früherer Kongresse weiter bestehen, und man darf aus der Hervorhebung der besonderen Punkte nicht etwa schließen, der Kongress habe das eine oder andere brennende Problem übersieht. Um Gegenstand, alle wichtigen Angelegenheiten wurden gestreift. Aus den neu hinzugekommenen Richtlinien ist zu erkennen, wie sich die gewerkschaftlichen Ansagen auf weitere wichtige Ziele erstrecken, und wie damit die Verantwortung für jeden Gewerkschaftsämpfer wächst. Die Auszehrungen gestalten sich stets schwieriger, sie nehmen zum Teil auch andere Formen an, wobei mit Schlagworten keine Erfolge zu erringen sind. Gutes geistiges Rüstzeug ist notwendig. Dr. Tarnow verwies auf dem Kongress darauf, daß wie als Gewerkschaften von der Flappe nöher an die Kampfrüden rücken, daß wir von der Demonstration mehr zu erfolgreicher Aktion übergehen. Damit hat er recht. Alle Gewerkschaftsmitglieder müssen dessen eingedenkt sein. Sie haben nach diesen und den früheren Kongressbeschlüssen zu handeln, dann bleiben die Erfolge auch nicht aus.

Wenn millionenfacher einheitlicher Wille vorhanden ist, werden auch Taten vollbracht werden können, und das Streben organisierter Mächte Wirklichkeit werden.

1. Verhandlungstag.

In der Nachmittagssitzung, die kurz nach 3 Uhr eröffnet wurde, gab Theodor Leipart den Bericht des Bundesvorstandes. Leipart war leider durch eine starke Heiserkeit, die er sich durch die Rede auf dem Rathausmarkt zugezogen hatte, an der Stimmabstaltung stark gehemmt, so daß nach kurzer Rede die weitere Berichterstattung auf Grund der Unterlagen Leiparts vom 2. Bundesvorsitzenden Peter Graumann vorgenommen werden mußte.

Aus dem umfangreichen Bericht ist folgendes von besonderer Bedeutung:

Die Angriffe auf die Republik wie auf die Reichsverfassung haben noch nicht aufgehört, wenn sie auch keine ernsthafte Gefahr mehr darstellen. Die Gewerkschaften werden weiterhin wachsam sein. Der Referent dankte dem Reichsbanner für seine dem Volk geleisteten Dienste und stellte die Forderung an die jetzige Reichsregierung, die Flaggenverordnung der Regierung Quistorp, deren Bestimmungen geeignet sind, die Würde und das Ansehen des deutschen Volkes im Ausland herzurichten, wieder zu beseitigen.

Die berechtigten Ansprüche der Arbeiterschaft können durch Beteiligung an der Regierung und durch direkte Einflussnahme auf die Regierungsmaßnahmen erfolgreicher wahrgenommen werden als in der Opposition.

Das ist die Ansicht aller verantwortlichen Führer der Gewerkschaften. Selbstverständlich wollen sich die Gewerkschaften auch unter der neuen Regierung das Recht der Kritik überall dort vor, wo die Interessen der Arbeiterschaft sie erfordern. Sie fühlen sich durch die Teilnahme von Sozialdemokraten an der Regierung in keiner Weise gebunden. Auch die Sozialdemokraten können nicht mit dem Kopf durch die Wand. Um so notwendiger ist die rücksichtslose Vertretung berechtigter Forderungen. Die deutsche Republik soll ein wirklich neuer Staat, ein Staat des sozialen Rechts, ein Staat voll wahrer demokra-

tische Freiheit und Kultur sein. In dieser Beziehung ist noch vieles durchgreifender Reform bedürftig.

Zu seinem weiteren Verlauf beschäftigt der Bericht sich mit der Entwicklung der deutschen Wirtschaft, die erst durch eine Reihe von Kriegen hindurchgehen mußte, ehe ihr gewaltiger Aufschwung verhältnismäßig schnell einsetzte. Auf dem Arbeitsmarkt wirkten freilich die Kriegen noch lange nach. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung, dem Besprechungen der Gewerkschaften mit dem Reichsverband der Deutschen Industrie vorhergingen, kam zu spät heraus und wurde obendrein nicht voll durchgeführt.



Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius.

Dem Kampf um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, der selbstverständlich verstärkt einsetzte, als die Wirtschaft sich erholt, wurde mit dem üblichen Argument entgegengesetzt, daß Lohn erhöhungen zwangsläufig Preiserhöhungen nach sich ziehen müssten. Die zwangsläufige Verbindung zwischen Lohn und Preis besteht keinenwegs, zumal nicht in einer Zeit umfassender Nationalisierung.

Der Sinn jeder Nationalisierung ist, durch Vereinfachung und Verbesserung der Produktion zu einer Vermehrung der Warenproduktion zu gelangen, eine Herabsetzung der Warenpreise zu ermöglichen, die wieder eine Steigerung des Lohnes zur Folge haben und angemessene Lohn erhöhungen nach sich ziehen würde. Die Produktivität der Betriebe ist ständig gewachsen, aber statt der zu erwartenden Preissenkung ist eine ständig neue Preiserhöhung eingetreten. Diese ungelungenen Tendenzen gilt es ebenso zu bekämpfen wie die Pollerhöhungen für die wichtigsten Nahrungsmittel. Der Bericht erinnert ferner an die Einschränkung des Getreideexportes und an die Preiserhöhungen von Kohle, Kali und Eisen. Die Handelsvertragsverhandlungen haben bei der vorhergehenden Tendenz der Staaten, sich voneinander abzuwenden, nicht zu befriedigenden Ergebnissen geführt. Die Ergebnisse der Weltwirtschaftskonferenz waren recht düstig, aber ihr moralischer Einfluß ist vielleicht doch von einiger Bedeutung.

Scharf Wendet der Bericht sich gegen die Sperre, die auf Betreiben Dr. Schachts gegen die Auslandsanleihen der Städte und Gemeinden zur Anwendung gekommen ist. Sie hat vor allem den Wohnungsbau behindert. Die schädliche Politik des Reichskanzlers hat leider die Unterstützung des Reparationsagenten gefunden, der in seinen Berichten die Grenzen, die ihm durch sein Amt gezogen sind, überhaupt weit übersteigt.

Es wird dann kurz auf die Arbeiten der Enquetekommission des Reichswirtschaftsrats eingegangen und dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß neben die bereits begonnenen Arbeiten nicht nochmals neue treten. Im Zusammenhang mit der Mitarbeit am Institut für Konjunkturforschung geht der Bericht auf die eigene Konjunkturberichterstattung der Gewerkschaften ein, die noch das Ausbaus benötigt sei.

In eingehenden Ausführungen beschäftigt sich der Bericht mit der schweren Krise auf dem Arbeitsmarkt, die insbesondere während der Jahre 1925 und 1926 zu wiederholten Verhandlungen über Höhe und Dauer der Unterstützung führte. Der Kampf um die Erhöhung der Unterstützungen stand im Zusammenhang mit den vorbereiteten Traktierungen über die kommende Arbeitslosenversicherung.

Die Organisation der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ist in ihren Grundzügen im Sinne der gewerkschaftlichen Vorschläge durchgeführt worden.

Auch im materiellen Teil der Arbeitslosenversicherung haben die Vorempfungen der Gewerkschaften weitgehende Berechtigung gefunden.

Die große Aufgabe der Arbeitsmarktpolitik, umfassend die Arbeitsvermittlung, die Arbeitsbeschaffung und die Erhaltung

brachliegender Arbeitskraft, ist nun Gelegenheit der Reichs-
anstalt, in deren Organen die Gewerkschaften überall ihre Ver-
treter haben. Ihnen ist damit ein weites Tätigkeitsfeld eröffnet.
Sie tragen eine hohe Verantwortung vor den gesamten Arbeitern.

Die grundsätzliche Durchführung des Schi-
stundentages wird, wie es in den Ausführungen weiter
heißt, nicht mehr auf starken Widerstand stoßen. Das eigentliche
Problem liegt vielmehr in der geistigen Zulassung der Über-
schreitungen des Schiustundentages. Es muß allerdings gesagt
werden, daß in vielen Fällen die Arbeiter selbst der Überbrechung
des Schiustundentages nicht genügend Widerstand leisten. Dann ist wieder eine Erhöhung der Stun-
denlöhne und eine endgültige Regelung der
Arbeitszeit verhindert!

Im Folgefall über Arbeitszeit sind die Vorschläge der Ge-
werkschaften zur Regelung der Ausnahmen im wesentlichen
nicht berücksichtigt. Die Folge dieser Unterlassung waren
schwere, aber erfolgreiche Kämpfe um die Verkürzung der Ar-
beitszeit. Der Bericht weist auch auf die in den letzten Jahren
erreichte Anwendung der Schlußbestimmungen des § 7 auf die
Arbeitszeit in gewundertsschädlichen Betrieben hin; einige gut-
achtliche Empfehlungen des Reichswirtschaftsrates sind freilich
noch immer unberücksichtigt.

In seinen Ausführungen zur Lohnpolitik erinnert der Be-
richt an die vom Bundesvorstand durchgeführten Erhebungen
über den wirklichen Arbeitsergebnis, die gezeigt haben, daß selbst
bei den leistungsfähigsten Arbeitern der Tariflohn nur um ein
geringes Maß überschritten wurde. Da die Preissteigerungsmaßnahmen
der Regierung nie einen Erfolg aufzuweisen hatten, da eine
Preiseinstellung von Seiten der Wirtschaft selbst auch nicht ein-
getreten ist, so blieb für die Gewerkschaften nur die Erhöhung
der Löhne als einziger Ausweg übrig, der allerdings erst Ende 1927 mit wirklichem Erfolg beschriften werden konnte.

Ein schwieriges Problem in der bisherigen Lohnpolitik stellt
das öffentliche Schlichtungsverfahren dar, insbesondere die Ver-
bindlichkeitserklärung von Schiedsgerichten. Das verfassungs-
mäßige Recht zum Kampf muß gewahrt bleiben.

Die Gewerkschaften lehnen aber das staat-
liche Schlichtungsverfahren natürlich nicht ab. Sie
haben es selbst gefordert. Aber der Staat sollte sich im all-
gemeinen jetzt tatsächlich mehr auf die Schlichtung be-
ziehen. Das System der Zwangsschiedsgerichte muß
beschränkt werden auf die Ausnahmefälle, in denen wirklich ein
öffentliches Interesse daran liegt, einen Arbeitskampf zu ver-
meiden, oder in denen soziale Gründe es rechtfertigen, eine Ver-
besserung der Arbeitsbedingungen gegen reaktionäre Arbeitgeber-
kreise doch durchzusetzen. Im übrigen ist an eine Änderung des
Systems nur dann zu denken, wenn alle Unternehmer sich bereit-
willig auf den Boden des Tarifvertrages stellen.

Kurz freut der Bericht die neuen arbeitsrechtlichen Gesetze
und wendet sich dann den Bestrebungen der Gewerkschaften zu,
den jugendlichen Arbeitern und Lehrlingen wirkliche Hilfe an-
gedeihen zu lassen. Insbesondere sind erfreuliche Fort-
schritte in der tarifvertraglichen Regelung
der Lehrungsverhältnisse zu verzeichnen, die er-
hebliche Verbesserungen in der Urlaubfrage
ermöglicht haben. Die Fragen der Jugendorganisation
und der Jugendbewegung werden immer mehr als eine bedeutende
Angelegenheit der Gewerkschaftsbewegung erkannt. Mit
großem Nachdruck sieht der Bericht sich dafür ein, daß die Ver-
bände häufig mehr als bisher auch Frauen aus dem Be-
reich in die Verwaltungsarbeiten der Betriebe
hineinzunehmen und ihnen Gelegenheit geben, sich für die
praktische Arbeit auf allen Gebieten zu entwickeln.

Die neu geschaffene Abteilung für Gewerbeschägigkeit hat sich
bewährt. Sie besteht in Deutschland ein großer Mangel
an Experten, die auf dem Gebiete der Gewerbeschägigkeit
erfahren sind. Der Bundesvorstand hat daher im November 1927 gemeinsam mit den anderen gewerkschaftlichen
Spartenorganisationen eine Einigung zu den Reichsinnenminister
und anderen zuständigen Stellen gerichtet, in der die Errichtung
von Professoren für Sozialhygiene gefordert wird. Es ist zu
hoffen, daß trotz der drohenden Haftung der Universitäten
dieser Forderung Gehör gegeben wird.

Der alte Streit um die Organisationsfrage ist durch die
Breslauer Beschlüsse in ruhige Bahnen geleitet worden. Leipzig
scheint hierher, daß die deutschen Gewerkschaften prinzipiell der
Zusammenschluß der gewerkschaftlichen Kräfte in der ganzen
internationalen Gewerkschaftsverbünden der Spitze entsprechen.
Die Verhandlungen über die Reform der inneren Verwaltung
der Verbände haben zur Auseinandersetzung von ehrlichen Absichten
in einer Reihe wichtiger Fragen geführt, die eine sehr erfreuliche
Ausgleichung der Gegungen und damit ein höheres Maß von
Freiheit und Feste hoffen.



Kollege Schmidt, Hannover.

Im Zusammenhang mit der wachsenden Bedeutung des
Bundes als nationaler Zentrale der Gewerkschaften ergibt es
sich, daß zahlreiche gemeinsame Aufgaben, die sich dauernd ver-
mehren, einheitlich von zentraler Stelle erledigt werden müssen.
So wird sich zum Beispiel auf die Dauer nicht vermeiden lassen,
die Prozeßverfolgung vor den Arbeitsgerichten und
zu rationalisieren und zu diesem Zweck die Arbeiter-
sekretariate anzubauen.

Die besondere Bedeutung, die die Gewerkschaften den Bild-
ungsfragen beimessen, ergibt sich nicht nur daraus, daß der
Ausbau und die Vereinheitlichung des gewerkschaftlichen Bild-
ungsweises nach neuen Richtlinien in Angriff genommen
werden. Darüber hinaus drängen die Gewerkschaften darauf,
daß die Arbeiterbildung in das Gesamtbild des öffentlichen
und freien Bildungsweises eingordnet wird. Die Volksschulen
und die Berufsschulen sind als Stätten der Arbeiterbildung von
entscheidender Bedeutung. Die Gewerkschaften halten eine Er-
ziehung der Kinder und Jugendlichen in einem freien, allen
engen Vorurteilen abgewandten Geiste für die beherrschende Er-
ziehungsausgabe. Sie haben deshalb entschieden gegen den
neuerlichen Reichsvolksbildungsentwurf Stellung genommen.
Die Gewerkschaften müssen sich nachdrücklich auf die Seite des
Staates stellen und den weltlichen Charakter der
Schule fordern.

In seinen anschließenden Darlegungen beschäftigte sich
Leipart mit den bemerkenswerten und sehr anstrengenden
Wandlungen, die die Gewerkschaftspresse in ihrer
äußeren Gestalt wie in ihrem inneren Aussehen erbracht hat.
Sie ist in mancher Beziehung das wichtigste Bildungsmittel der
Gewerkschaften. Von ihrer Bedeutung und Verbreitung wissen
die Arbeiterlehrer in allgemeinem so gut wie nichts.

Der Bericht schließt, indem er noch einmal die Not-
wendigkeit der wirtschaftlichen Schulung und
der geistigen Vertiefung für alle Gewerkschafts-
funktionäre und für alle Mitglieder
hervorhebt und indem er den Tausenden und Hunderten
tausenden, die im Dienste der Bewegung
tätig sind, dankt für ihre ideale Gefügung
und Arbeitstreue, die auch in Zukunft
eine Bürgschaft seien für die Größe und Stärke
der deutschen Gewerkschaften. (Leipziger Beifall.)

Zum Vorstandsbericht liegen drei Gutachten
des Bundesvorstandes vor, die zur gesetzlichen
Regelung der Arbeitszeit und Arbeitsaufsicht,
zur Arbeitsmarktpolitik und zur Freizeit der
Jugend Stellung nehmen. Bei der Stellung der Unter-
stützungfrage für die zum Vorstandsbericht vorliegenden
Anträge fallen alle Anträge der Opposition, weil sie nicht genügend
statutengerecht untersucht werden, unter den Tisch.

Ich reise aus Meer.

Von Heinrich Verfah.

Dank dir, Schmid, daß du in meine Hände einen ham-
mer gabst, und daß ich mich vor dir, ihr brüderlichen Brüder,
einer Schmiede gab. Die Erde hat Vergleiche in den Himmel
gebracht; aber du, mein Hammer, hast Daniels durch sie hinge-
schlagen. Sie hat Sterne herabgeworfen durch die Fünder:
aber du, mein Hammer, hast Brüder darüber genietet. Sie hat
das Meer zwischen Ländern und Föderi gelegt, aber du, mein
Hammer, hast Schiffe gebaut! Und die Füderen und unerreich-
lich, Europa, Asien und Afrika halten die Wundernden auf.
Aber du, mein Hammer, hast die Eisenzüge der Schienen auf
die Erde gelegt, auf gewaltige Schwelben, gezaubert und verfürbant,
entzweiter, daß Volk zu Volk kam, Menschen zu Menschen, in
den runden Galionsköpfen stehen die kahlernen Rennen, blaumalzig, karig, Zornig und Weidling in eins. Deiner und
Meiner ist eins. Tod und Drehung, in eins Mensch und
Welt. Du Hammer, aus handfest und aberhardest Händen,
Brüderhänden, hast du sie erzeugt! Und ihr, siegende Wagen,
Kommunisten der Menschheit und Erziehung, soll geschaut werden
und arbeitender Brüder, das Schreiber und Aufstreicher mit
einem Brüderen gebaut, das nicht alle Herrschägigen glück-
treiben zu ihrem Glück!

Dank dir, mein Schmid, daß du in meine Hände einen ham-
mer gabst, und daß ich mich vor dir, ihr brüderlichen Brüder,
einer Schmiede gab. Die Erde hat Vergleiche in den Himmel
gebracht; aber du, mein Hammer, hast Daniels durch sie hinge-
schlagen. Sie hat Sterne herabgeworfen durch die Fünder:
aber du, mein Hammer, hast Brüder darüber genietet. Sie hat
das Meer zwischen Ländern und Föderi gelegt, aber du, mein
Hammer, hast Schiffe gebaut. Die Erde hat Vergleiche in den Himmel
gebracht; aber du, mein Hammer, hast Daniels durch sie hinge-
schlagen. Sie hat Sterne herabgeworfen durch die Fünder:
aber du, mein Hammer, hast Brüder darüber genietet. Sie hat
das Meer zwischen Ländern und Föderi gelegt, aber du, mein
Hammer, hast Schiffe gebaut. Die Erde hat Vergleiche in den Himmel
gebracht; aber du, mein Hammer, hast Daniels durch sie hinge-
schlagen. Sie hat Sterne herabgeworfen durch die Fünder:
aber du, mein Hammer, hast Brüder darüber genietet. Sie hat
das Meer zwischen Ländern und Föderi gelegt, aber du, mein
Hammer, hast Schiffe gebaut. Die Erde hat Vergleiche in den Himmel
gebracht; aber du, mein Hammer, hast Daniels durch sie hinge-
schlagen. Sie hat Sterne herabgeworfen durch die Fünder:
aber du, mein Hammer, hast Brüder darüber genietet. Sie hat
das Meer zwischen Ländern und Föderi gelegt, aber du, mein
Hammer, hast Schiffe gebaut. Die Erde hat Vergleiche in den Himmel
gebracht; aber du, mein Hammer, hast Daniels durch sie hinge-
schlagen. Sie hat Sterne herabgeworfen durch die Fünder:
aber du, mein Hammer, hast Brüder darüber genietet. Sie hat
das Meer zwischen Ländern und Föderi gelegt, aber du, mein
Hammer, hast Schiffe gebaut. Die Erde hat Vergleiche in den Himmel
gebracht; aber du, mein Hammer, hast Daniels durch sie hinge-
schlagen. Sie hat Sterne herabgeworfen durch die Fünder:
aber du, mein Hammer, hast Brüder darüber genietet. Sie hat
das Meer zwischen Ländern und Föderi gelegt, aber du, mein
Hammer, hast Schiffe gebaut. Die Erde hat Vergleiche in den Himmel
gebracht; aber du, mein Hammer, hast Daniels durch sie hinge-
schlagen. Sie hat Sterne herabgeworfen durch die Fünder:
aber du, mein Hammer, hast Brüder darüber genietet. Sie hat
das Meer zwischen Ländern und Föderi gelegt, aber du, mein
Hammer, hast Schiffe gebaut. Die Erde hat Vergleiche in den Himmel
gebracht; aber du, mein Hammer, hast Daniels durch sie hinge-
schlagen. Sie hat Sterne herabgeworfen durch die Fünder:
aber du, mein Hammer, hast Brüder darüber genietet. Sie hat
das Meer zwischen Ländern und Föderi gelegt, aber du, mein
Hammer, hast Schiffe gebaut. Die Erde hat Vergleiche in den Himmel
gebracht; aber du, mein Hammer, hast Daniels durch sie hinge-
schlagen. Sie hat Sterne herabgeworfen durch die Fünder:
aber du, mein Hammer, hast Brüder darüber genietet. Sie hat
das Meer zwischen Ländern und Föderi gelegt, aber du, mein
Hammer, hast Schiffe gebaut. Die Erde hat Vergleiche in den Himmel
gebracht; aber du, mein Hammer, hast Daniels durch sie hinge-
schlagen. Sie hat Sterne herabgeworfen durch die Fünder:
aber du, mein Hammer, hast Brüder darüber genietet. Sie hat
das Meer zwischen Ländern und Föderi gelegt, aber du, mein
Hammer, hast Schiffe gebaut. Die Erde hat Vergleiche in den Himmel
gebracht; aber du, mein Hammer, hast Daniels durch sie hinge-
schlagen. Sie hat Sterne herabgeworfen durch die Fünder:
aber du, mein Hammer, hast Brüder darüber genietet. Sie hat
das Meer zwischen Ländern und Föderi gelegt, aber du, mein
Hammer, hast Schiffe gebaut. Die Erde hat Vergleiche in den Himmel
gebracht; aber du, mein Hammer, hast Daniels durch sie hinge-
schlagen. Sie hat Sterne herabgeworfen durch die Fünder:
aber du, mein Hammer, hast Brüder darüber genietet. Sie hat
das Meer zwischen Ländern und Föderi gelegt, aber du, mein
Hammer, hast Schiffe gebaut. Die Erde hat Vergleiche in den Himmel
gebracht; aber du, mein Hammer, hast Daniels durch sie hinge-
schlagen. Sie hat Sterne herabgeworfen durch die Fünder:
aber du, mein Hammer, hast Brüder darüber genietet. Sie hat
das Meer zwischen Ländern und Föderi gelegt, aber du, mein
Hammer, hast Schiffe gebaut. Die Erde hat Vergleiche in den Himmel
gebracht; aber du, mein Hammer, hast Daniels durch sie hinge-
schlagen. Sie hat Sterne herabgeworfen durch die Fünder:
aber du, mein Hammer, hast Brüder darüber genietet. Sie hat
das Meer zwischen Ländern und Föderi gelegt, aber du, mein
Hammer, hast Schiffe gebaut. Die Erde hat Vergleiche in den Himmel
gebracht; aber du, mein Hammer, hast Daniels durch sie hinge-
schlagen. Sie hat Sterne herabgeworfen durch die Fünder:
aber du, mein Hammer, hast Brüder darüber genietet. Sie hat
das Meer zwischen Ländern und Föderi gelegt, aber du, mein
Hammer, hast Schiffe gebaut. Die Erde hat Vergleiche in den Himmel
gebracht; aber du, mein Hammer, hast Daniels durch sie hinge-
schlagen. Sie hat Sterne herabgeworfen durch die Fünder:
aber du, mein Hammer, hast Brüder darüber genietet. Sie hat
das Meer zwischen Ländern und Föderi gelegt, aber du, mein
Hammer, hast Schiffe gebaut. Die Erde hat Vergleiche in den Himmel
gebracht; aber du, mein Hammer, hast Daniels durch sie hinge-
schlagen. Sie hat Sterne herabgeworfen durch die Fünder:
aber du, mein Hammer, hast Brüder darüber genietet. Sie hat
das Meer zwischen Ländern und Föderi gelegt, aber du, mein
Hammer, hast Schiffe gebaut. Die Erde hat Vergleiche in den Himmel
gebracht; aber du, mein Hammer, hast Daniels durch sie hinge-
schlagen. Sie hat Sterne herabgeworfen durch die Fünder:
aber du, mein Hammer, hast Brüder darüber genietet. Sie hat
das Meer zwischen Ländern und Föderi gelegt, aber du, mein
Hammer, hast Schiffe gebaut. Die Erde hat Vergleiche in den Himmel
gebracht; aber du, mein Hammer, hast Daniels durch sie hinge-
schlagen. Sie hat Sterne herabgeworfen durch die Fünder:
aber du, mein Hammer, hast Brüder darüber genietet. Sie hat
das Meer zwischen Ländern und Föderi gelegt, aber du, mein
Hammer, hast Schiffe gebaut. Die Erde hat Vergleiche in den Himmel
gebracht; aber du, mein Hammer, hast Daniels durch sie hinge-
schlagen. Sie hat Sterne herabgeworfen durch die Fünder:
aber du, mein Hammer, hast Brüder darüber genietet. Sie hat
das Meer zwischen Ländern und Föderi gelegt, aber du, mein
Hammer, hast Schiffe gebaut. Die Erde hat Vergleiche in den Himmel
gebracht; aber du, mein Hammer, hast Daniels durch sie hinge-
schlagen. Sie hat Sterne herabgeworfen durch die Fünder:
aber du, mein Hammer, hast Brüder darüber genietet. Sie hat
das Meer zwischen Ländern und Föderi gelegt, aber du, mein
Hammer, hast Schiffe gebaut. Die Erde hat Vergleiche in den Himmel
gebracht; aber du, mein Hammer, hast Daniels durch sie hinge-
schlagen. Sie hat Sterne herabgeworfen durch die Fünder:
aber du, mein Hammer, hast Brüder darüber genietet. Sie hat
das Meer zwischen Ländern und Föderi gelegt, aber du, mein
Hammer, hast Schiffe gebaut. Die Erde hat Vergleiche in den Himmel
gebracht; aber du, mein Hammer, hast Daniels durch sie hinge-
schlagen. Sie hat Sterne herabgeworfen durch die Fünder:
aber du, mein Hammer, hast Brüder darüber genietet. Sie hat
das Meer zwischen Ländern und Föderi gelegt, aber du, mein
Hammer, hast Schiffe gebaut. Die Erde hat Vergleiche in den Himmel
gebracht; aber du, mein Hammer, hast Daniels durch sie hinge-
schlagen. Sie hat Sterne herabgeworfen durch die Fünder:
aber du, mein Hammer, hast Brüder darüber genietet. Sie hat
das Meer zwischen Ländern und Föderi gelegt, aber du, mein
Hammer, hast Schiffe gebaut. Die Erde hat Vergleiche in den Himmel
gebracht; aber du, mein Hammer, hast Daniels durch sie hinge-
schlagen. Sie hat Sterne herabgeworfen durch die Fünder:
aber du, mein Hammer, hast Brüder darüber genietet. Sie hat
das Meer zwischen Ländern und Föderi gelegt, aber du, mein
Hammer, hast Schiffe gebaut. Die Erde hat Vergleiche in den Himmel
gebracht; aber du, mein Hammer, hast Daniels durch sie hinge-
schlagen. Sie hat Sterne herabgeworfen durch die Fünder:
aber du, mein Hammer, hast Brüder darüber genietet. Sie hat
das Meer zwischen Ländern und Föderi gelegt, aber du, mein
Hammer, hast Schiffe gebaut. Die Erde hat Vergleiche in den Himmel
gebracht; aber du, mein Hammer, hast Daniels durch sie hinge-
schlagen. Sie hat Sterne herabgeworfen durch die Fünder:
aber du, mein Hammer, hast Brüder darüber genietet. Sie hat
das Meer zwischen Ländern und Föderi gelegt, aber du, mein
Hammer, hast Schiffe gebaut. Die Erde hat Vergleiche in den Himmel
gebracht; aber du, mein Hammer, hast Daniels durch sie hinge-
schlagen. Sie hat Sterne herabgeworfen durch die Fünder:
aber du, mein Hammer, hast Brüder darüber genietet. Sie hat
das Meer zwischen Ländern und Föderi gelegt, aber du, mein
Hammer, hast Schiffe gebaut. Die Erde hat Vergleiche in den Himmel
gebracht; aber du, mein Hammer, hast Daniels durch sie hinge-
schlagen. Sie hat Sterne herabgeworfen durch die Fünder:
aber du, mein Hammer, hast Brüder darüber genietet. Sie hat
das Meer zwischen Ländern und Föderi gelegt, aber du, mein
Hammer, hast Schiffe gebaut. Die Erde hat Vergleiche in den Himmel
gebracht; aber du, mein Hammer, hast Daniels durch sie hinge-
schlagen. Sie hat Sterne herabgeworfen durch die Fünder:
aber du, mein Hammer, hast Brüder darüber genietet. Sie hat
das Meer zwischen Ländern und Föderi gelegt, aber du, mein
Hammer, hast Schiffe gebaut. Die Erde hat Vergleiche in den Himmel
gebracht; aber du, mein Hammer, hast Daniels durch sie hinge-
schlagen. Sie hat Sterne herabgeworfen durch die Fünder:
aber du, mein Hammer, hast Brüder darüber genietet. Sie hat
das Meer zwischen Ländern und Föderi gelegt, aber du, mein
Hammer, hast Schiffe gebaut. Die Erde hat Vergleiche in den Himmel
gebracht; aber du, mein Hammer, hast Daniels durch sie hinge-
schlagen. Sie hat Sterne herabgeworfen durch die Fünder:
aber du, mein Hammer, hast Brüder darüber genietet. Sie hat
das Meer zwischen Ländern und Föderi gelegt, aber du, mein
Hammer, hast Schiffe gebaut. Die Erde hat Vergleiche in den Himmel
gebracht; aber du, mein Hammer, hast Daniels durch sie hinge-
schlagen. Sie hat Sterne herabgeworfen durch die Fünder:
aber du, mein Hammer, hast Brüder darüber genietet. Sie hat
das Meer zwischen Ländern und Föderi gelegt, aber du, mein
Hammer, hast Schiffe gebaut. Die Erde hat Vergleiche in den Himmel
gebracht; aber du, mein Hammer, hast Daniels durch sie hinge-
schlagen. Sie hat Sterne herabgeworfen durch die Fünder:
aber du, mein Hammer, hast Brüder darüber genietet. Sie hat
das Meer zwischen Ländern und Föderi gelegt, aber du, mein
Hammer, hast Schiffe gebaut. Die Erde hat Vergleiche in den Himmel
gebracht; aber du, mein Hammer, hast Daniels durch sie hinge-
schlagen. Sie hat Sterne herabgeworfen durch die Fünder:
aber du, mein Hammer, hast Brüder darüber genietet. Sie hat
das Meer zwischen Ländern und Föderi gelegt, aber du, mein
Hammer, hast Schiffe gebaut. Die Erde hat Vergleiche in den Himmel
gebracht; aber du, mein Hammer, hast Daniels durch sie hinge-
schlagen. Sie hat Sterne herabgeworfen durch die Fünder:
aber du, mein Hammer, hast Brüder darüber genietet. Sie hat
das Meer zwischen Ländern und Föderi gelegt, aber du, mein
Hammer, hast Schiffe gebaut. Die Erde hat Vergleiche in den Himmel
gebracht; aber du, mein Hammer, hast Daniels durch sie hinge-
schlagen. Sie hat Sterne herabgeworfen durch die Fünder:
aber du, mein Hammer, hast Brüder darüber genietet. Sie hat
das Meer zwischen Ländern und Föderi gelegt, aber du, mein
Hammer, hast Schiffe gebaut. Die Erde hat Vergleiche in den Himmel
gebracht; aber du, mein Hammer, hast Daniels durch sie hinge-
schlagen. Sie hat Sterne herabgeworfen durch die Fünder:
aber du, mein Hammer, hast Brüder darüber genietet. Sie hat
das Meer zwischen Ländern und Föderi gelegt, aber du, mein
Hammer, hast Schiffe gebaut. Die Erde hat Vergleiche in den Himmel
gebracht; aber du, mein Hammer, hast Daniels durch sie hinge-
schlagen. Sie hat Sterne herabgeworfen durch die Fünder:
aber du, mein Hammer, hast Brüder darüber genietet. Sie hat
das Meer zwischen Ländern und Föderi gelegt, aber du, mein
Hammer, hast Schiffe gebaut. Die Erde hat Vergleiche in den Himmel
gebracht; aber du, mein Hammer, hast Daniels durch sie hinge-
schlagen. Sie hat Sterne herabgeworfen durch die Fünder:
aber du, mein Hammer, hast Brüder darüber genietet. Sie hat
das Meer zwischen Ländern und Föderi gelegt, aber du, mein
Hammer, hast Schiffe gebaut. Die Erde hat Vergleiche in den Himmel
gebracht; aber du, mein Hammer, hast Daniels durch sie hinge-
schlagen. Sie hat Sterne herabgeworfen durch die Fünder:
aber du, mein Hammer, hast Brüder darüber genietet. Sie hat
das Meer zwischen Ländern und Föderi gelegt, aber du, mein
Hammer, hast Schiffe gebaut. Die Erde hat Vergleiche in den Himmel
gebracht; aber du, mein Hammer, hast Daniels durch sie hinge-
schlagen. Sie hat Sterne herabgeworfen durch die Fünder:
aber du, mein Hammer, hast Brüder darüber genietet. Sie hat
das Meer zwischen Ländern und Föderi gelegt, aber du, mein
Hammer, hast Schiffe gebaut. Die Erde hat Vergleiche in den Himmel
gebracht; aber du, mein Hammer, hast Daniels durch sie hinge-
schlagen. Sie hat Sterne herabgeworfen durch die Fünder:
aber du, mein Hammer, hast Brüder darüber genietet. Sie hat
das Meer zwischen Ländern und Föderi gelegt, aber du, mein
Hammer, hast Schiffe gebaut. Die Erde hat Vergleiche in den Himmel
gebracht; aber du, mein Hammer, hast Daniels durch sie hinge-
schlagen. Sie hat Sterne herabgeworfen durch die Fünder:
aber du, mein Hammer, hast Brüder darüber genietet. Sie hat
das Meer zwischen Ländern und Föderi gelegt, aber du, mein
Hammer, hast Schiffe gebaut. Die Erde hat Vergleiche in den Himmel
gebracht; aber du, mein Hammer, hast Daniels durch sie hinge-
schlagen. Sie hat Sterne herabgeworfen durch die Fünder:
aber du, mein

allzu oft die Arbeiterinteressen hintangestellt worden sind. Bei der Regelung der sachlichen Verhandlungen hat ein Sonderbericht einen Spruch gefolgt, der einen laufenden Vertrag ändert. Das ist ein unhalbbarer Zustand. Die Entschließung des Bundesvorstandes zur Arbeitszeitverkürzung bedarf der Änderung. Die Forderungen müssen später festgelegt werden. (Zustimmung.)

Gabler, Hohenstein: Ich vermiss im Bericht des Bundesvorstandes jede Analyse der politischen Situation. Die Löhne haben das Kriegsmautbien noch nicht erreicht, während die Profite viel höher liegen. Redner fürchtigt den Kampf der Opposition an.

Friedel, Helsnitz: Das kapitalistische Ausbenterystem führt zu einer Verschärfung des Kampfes. Das weiß auch der Bundesvorstand. Er führt seine Politik aber in Nebeneinstimmung mit der SPD. Seine Stellung zum Schlichtungswesen gleicht dem der Unternehmer. (Heiterkeit und Burleske.)

Ziegler, Breslau: Wir brauchen Meinungsfreiheit. Sie darf aber nicht mit den Mitteln der KPD geführt werden, von denen wir noch am Sonnabend Zeugnis erhielten. (Sehr wahr!) Die Praxis der Schlichtungsinstanzen ist unhalbbar. Mit den Verbindlichkeitsklärungen ist zum Schaden der Arbeiter Missbrauch getrieben. Trotzdem dürfen wir die Beseitigung des Schlichtungswesens nicht fordern. Es soll aber seine Aufgabe als Schutzinstanz der Schwachen erfüllen und nicht das Koalitions- und Streitrechte illusorisch machen. Wir müssen unsere eigene Kraft steigern. (Beifall.)

Lang, Berlin: Die Frauenarbeit nimmt überall an Umfang zu. Da wird der Schwangeren- und Mütterschutz immer dringlicher. Der Deutsche Textilarbeiterverband hat über diese Frage eine Denkschrift ausgearbeitet, die Beachtung verdient. Es ist notwendig, dass schwangere Frauen 3 Monate vor und 2 Monate nach der Niederkunft nicht beschäftigt werden, daß sie aber den entgangenen Arbeitserdienst vom Staat vergütet erhalten. Redner begründet einen Antrag, der bestimmte Forderungen zum Schutz der Schwangeren enthält. Abstimmung steht fest, daß die Redner der Opposition hier befähigtemäßige Ausschaffungen verlesen hätten, die ihnen die KPD geliefert hat. (Sehr wahr! und Beifall.)

Geraß, Barmen: Eine Zusammensetzung der Prozeßvertretung vor den Arbeitsgerichten ist nicht vorteilhaft. Die Streichung des § 123, Riffer 8 der Gewerbeordnung, der freilose Entlassung bei Arbeitsunfähigkeit oder bei ansteckender Krankheit ermöglicht, ist dringend erforderlich. Dem gestellten Antrag sollte energisch entsprochen werden. (Beifall.)

Zimmer, Bochum: Über das Schlichtungswesen besteht große Unklarheit. Der Bundesvorstand sollte konkrete Forderungen erheben. Vorerst sollten wir aber einmal abwarten, wie sich das Schlichtungswesen jetzt entwickeln wird. Die Unternehmer sind Gegner des Schlichtungswesens. Das müssen wir bedenken. Die Kritik wächst oft nur aus den Erfahrungen eines Einzelfalles. Es bedeutet in seiner Gesamtheit aber eine Revolution im heutigen kapitalistischen System. (Lebhafte Beifall.)

Schleicher, Berlin: Die Massen interessieren heute vor allem die sozialpolitischen, nicht die wirtschaftspolitischen Probleme. Die Frage des Schlichtungswesens kann nicht nur mit wenigen Worten behandelt werden. Das Verbindlichkeitsklärungen nur bei wirklichen öffentlichen Interesse erfolgen sollen, ist völlig unklar. Mit solchen platten Formulierungen kommen wir nicht mehr aus. Die Entscheidung über die Verbindlichkeitsklärung darf dem Reichsarbeitsminister nicht mehr allein überlassen bleiben. Es müßte ein paritätisches Schiedsgericht an seine Stelle gesetzt werden. Eine solche paritätische Kommission würde zur Ehrlichkeit erziehen. Es würde die Verantwortung stärken, die bisher bei keinem Kontrahenten bestand. (Sehr richtig!) Eventuell könnte die qualifizierte Mehrarbeit vorgeschrieben werden. (Burleske: Das müssen wir uns sehr überlegen!) Redner begründet noch den Antrag auf Beseitigung des § 123, Riffer 8 der Gewerbeordnung. Reichsarbeitsminister Wissel hat sich nun gegen eine Novellenpolitik gewandt. Gut, dann muss das aber auch beispielweise gegenüber dem Handwerk gelten. Die bisher übliche Art des Passiers des Handwerkskammer muss aufhören. Sie werden heute in sozialpolitischen Fragen als Gutsachter herangezogen. Damit macht man, unberechtigt dazu, den Boden zum Gärtnern. Redner wendet sich noch gegen die Zentralisierung der Prozeßvertretung. (Lebhafte Beifall.)

Hüttmann, Frankfurt a. M.: Im Schlichtungswesen hat es gewiß manche Enttäuschungen gegeben, wir müssen aber anerkennen, daß es ohnedem in manchen Perioden sehr viel schlechter gewesen wäre. Die Arbeitslosigkeit ist immer noch groß, selbst im Handgewerbe. Dabei ist die Wohnungsnot ungeheuerlich. Steigerung des Wohnungsbaus wäre beste und umfassendste Sozialpolitik. Das Ausnahmerecht gegen die Bauarbeiter muß beseitigt werden.

Nöpke, Berlin: Die Beseitigung des § 123 der Gewerbeordnung ist bereits von uns gefordert worden. Uns wurde gesagt,

im Hause umher. Es war ein Mädchen unter ihnen, ein ganz stilles, kleines Mädchen mit blonden Locken und großen, offenen, blauen Augen. Über diese Augen waren Stockblind — es war eine Blindgeborene, und sie hatte nicht die leiseste Spur eines Scheins. Dieses Mädchen war von einer seltenen Güte. In der Gemeinsamkeit der blinden Kinder weiltete ihre Seele bei allen. Ihnen half sie, alle tröstete sie — und sie wurde von allen geliebt wie eine gute Schweizer. Einst kam ein alter, weißer Mann, der in ferneren Ländern viel für die Blinden getan hatte, und lobte sich die Anzahl an. Man führte die Kinder vor und zeigte ihm das gute Mädchen. „Ach, mein Kind,“ sagte er, „ich höre, du bist so gut. Ich könnte ich dir etwas Schönes und kostbare schenken.“ O Herr, jeid Ihr ein Zauberer? fragte das Mädchen. „Nein,“ sagte er, „aber manchmal wünschte ich, ich wäre einer; dann würde ich dich schenken machen. Mein Herr,“ sagte das Kind — es war so bescheiden — „ich wünschte mir nichts anderes als einen Schein, wie ihn viele Blinde bei uns haben.“ „Du bist so schön,“ sagte der alte, weiße Mann; „wenn du zwanzig Jahre alt wirst, wirst du den Schein haben...“ Es vergingen die Jahre, aber der Schein zeigte sich nicht; die Augen des Mädchens blieben blind und tot. Es lernte sie in ihrem neunzehnten Jahre einem jungen Mann kennen; der verliebte sich in ihre Schönheit und noch mehr in ihre Sanftmut und Güte. Und sie wurde seine Frau. Als sie zwanzig Jahre alt war, erwartete sie ein Kind. Sie lag im weißen Bett, und man brachte ihr das Neugeborene. „Sieht es?“ war die erste Frage. „Es sieht!“ erwiderte der Arzt. „Ich bin gerettet,“ sagte sie, „denn es wird groß werden und leben und mir erzählen, was es in der Welt gibt. Ich werde nicht mehr ganz blind sein. Ich werde einen Schein haben, wie viele andere Blinde. Denn mein Kind wird mein Schein sein...“ *

Die vorstehende Erzählung entnehmen wir dem kleinen aber inhaltreichen 1. K.W.-Buch „Liebe ohne Hoffnung“ von Else Feldmann, das jetzt bei der Buchergilde Gutenberg, Berlin SW 61, Dreibundstraße 5, erschienen ist. Else Feldmann hat einer dieser kurzen Geschichten das Werk von Peter Altenberg „Das Leben dichtet, und wir schreiben es auf“ vorangestellt. Und so ist es. Diese kleinen Erzählungen hat das Leben gedichtet. Else Feldmann erzählt von den „kleinen Leuten“, von Dienstboten, Arbeitern, gealterten Künstlern, Fräulein, Prostituierten, von ihrem Hunger nach Liebe, von ihrer Schmach nach Tonne. Niemand ist in der Welt, und der unglaubliche Mensch ist fast immer allein. Über Else Feldmann läuft auch die wahrhafte Nachstenliebe anfliehen, und dann und wann einen Schimmer von Glück. Ein innerer Zusammenhang verbindet die Geschichten dieses Buches, das mit viel Herzenzwärme geschrieben ist und auf alle Leser einen tiefen Eindruck machen wird.

dass das Arbeitsvertragssrecht in der Neubearbeitung sei. Da bisher noch nichts geschehen ist, haben wir die Forderung erneut erhoben.

Die Prozeßvertretung muss anders betrachtet werden als geschehen. Die Gewerkschaften sind Rechtspleiegorgane geworden. Das verpflichtet uns, jedem Mitglied eine Vertretung zu geben. Die Verbände sollen nicht entrichtet werden. Es ist nur verlangt worden, in allen Fällen eine Prozeßvertretung zu ermöglichen. Jeder Einzelfall unterliegt der Prüfung, ob die Gewerkschaft ihn selbst vertreten will. Auch in Fällen der Verhinderung des Ortsbevollmächtigten soll der Bevollmächtigte des ADGB eintreten können. Im Geiste des kollektiven Arbeitsrechts muss man die Zentralisierung bejahen. Das Reichsmonopol vor den Arbeitsgerichten wird uns von Anwälten streitig gemacht. Wir haben die Pflicht, alles zu tun, um unsere Aufgabe zu erfüllen.

Redner erläutert seine Stellung zum Strafgesetzbuchentwurf. Die christlichen Gewerkschaften fordern den strafrechtlichen Schutz der Vereinigungsfreiheit, nicht gegen die Arbeitgeber, sondern gegen die freien Gewerkschaften. Auf diese Bahn dürfen wir uns nicht begeben. Der strafrechtliche Schutz der Arbeitskraft ist im wesentlichen keine Theorie. Es ist besser, alle Energie aufzuwenden, um die Unorganisierten in die Gewerkschaften zu bringen.

Bereits 1924 habe ich die Ausschaffung vertreten, daß im Schlichtungswesen die Gewerkschaft allein das Recht haben soll, die Verbindlichkeit zu beantragen. Eine Körperschaft, an Stelle des Arbeitsministers, würde nichts ändern. Wir müssen das Schlichtungswesen nicht bürokratisieren. Bei der Verbindlichkeitsklärung handelt es sich nicht um ein Kleingedrucktes, wenn die Gewerkschaften allein das Recht des Antrages haben. Es ist eine Arbeitsschutzbestimmung, bei der noch dazu der Staat die letzte Entscheidung hat. In der Gewerkschaft muss man sich bewußt sein, daß der Zwangstarif nicht die Lösung ist. Wir müssen so erstarren, daß wir überall zu freien Tarifen kommen. (Lebhafte Beifall.)



Tarnew-Berlin, Holzarbeiterverband.

Fischer, Chemnitz: Ein Antrag, der eine gesetzliche Festlegung von 14 Tagen Ferien für alle Arbeiter fordert, hat verkehrt nicht die nötige Unterstützung gefunden. Das ist bedauerlich. Wir müssen die Forderung erheben. — Auf künftigen Kongressen muss dafür gesorgt werden, daß mehr Betriebsarbeiter vertreten sind. Die Gewerkschaften sind eine Klassenbewegung. Das muss in allen Handlungen spürbar sein.

Spielder, Berlin: Der Antrag Brey, der Einleitung von Verhandlungen bei sozialistischen Vorlagen vom Vorstand fordert, ist eine Selbstverständlichkeit. Ihm wird entsprochen, darum sollte er abgelehnt werden. — Es muss von Rechts wegen mehr geschehen für die Linderung der Not Erwerbstloser. Sie dürfen nicht auf die Gemeinden abgezogen werden, von denen gerade jene mit den größten Arbeitslosenziffern zugleich die notleidendsten sind. Der Reichsregierung muss auch mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß an der Arbeitslosenversicherung nicht gerüttelt werden darf. Die Bestrebungen auf Herausnahme der Landarbeiterchaft müssen zurückgewiesen werden. — Das Prinzip der Verbindlichkeitsbeantragung durch die Arbeitnehmer ist nach sorgfältiger Überlegung vertreten worden. Diese Ausschaffung bindet den ADGB. nicht. (Beifall.)

Um 1 Uhr wird in die Mittagspause eingetreten.

Die Sitzung wird kurz nach 3 Uhr durch Brandes eröffnet, der zunächst mitteilt, daß als Vertreter der französischen Gewerkschaften Bouisson eingetroffen ist. Bouisson erhält zu einer kurzen Begrüßungsansprache das Wort. Er überbrachte die herzlichsten Grüße der französischen Gewerkschaftsgenossen und betonte dann, daß man in Frankreich an den Arbeiten des deutschen Gewerkschaftskongresses großen Anteil nimmt, weil sie ein Stück internationaler Arbeit gegen die kapitalistische Diktatur und zur Verständigung der Völker sind. Der Redner wünscht darauf den Arbeitern des Kongresses den besten Erfolg. (Lebhafte Beifall.)

Darauf erstatte Höltermann den

Bericht der Mandatsprüfungskommission.

Danach sind 282 Delegierte anwesend, deren Mandate für gültig erklärt werden sollen. Außerdem sind vom Bundesvorstand 30 Mitglieder und Angehörige sowie 13 Bezirkssekretäre anwesend. — Entsprechend dem Antrag der Mandatsprüfungskommission wurden sämtliche Mandate für gültig erklärt.

Fortsetzung der Aussprache.

Plett, Berlin, berichtete über den Kampf in der Herrenkonfektion, an dem jetzt 35 000 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt sind. Der Redner wandte sich in schweren Worten gegen das Verhalten des Reichsarbeitsministers, das durch seine Begründung zur Verbindlichkeitsklärung des Schiedsgerichtes den Arbeitgebern erst die Handhabe für die Aussperrung gegeben habe. Die Begründung sagte, daß die im Schiedsgericht vorgesehenen Löhne für die Herrenkonfektion untragbar seien. (Burleske: Hört, hört!) Auch wurde der ablehnende Bescheid über die Verbindlichkeitsklärung zuerst den Arbeitgebern und erst nach 4 Tagen den Arbeitnehmern mitgeteilt. Ein solches Verfahren kann unter keinen Umständen gutgeheißen werden.

Brandes, Stuttgart: Die Frage der Industrieverbände ist auf dem Breslauer Kongress zu einem vorläufigen Abschlag gekommen. Der Bundesvorstand sollte aber mehr darauf achten, daß auch nach den Breslauer Beschlüssen gehandelt wird. Schleicher's Ausschaffung über das Arbeitrecht kann man nur unterstützen. Abwendig ist aber, daß auch die Funktionen sich viel mehr mit dem Arbeitrecht vertragen machen, damit dies Recht nicht zu einer Spezialwissenschaft für wenige wird. Stattdessen Ausführungen über das Schlichtungswesen können wir nicht mehr machen. Wenn wir Tarifrechte schaffen wollen, dann kommt es doch wesentlich darauf an, daß auch zwei Parteien vorhanden sind, die für ein solches Recht sind. Das ist leider noch nicht

überall der Fall. Der Unwillen über das Schlichtungswesen wird sehr erheblich durch das Verhalten der Gewerkschaften hervorgerufen.

Ministerialdirektor Dr. Sizler, Berlin, antwortete auf die Vorwürfe gegen das Reichsarbeitsministerium. Es führt aus, daß die ungliche Benachrichtigung auf den Fehler einer untergeordneten Stelle erfolgte. Das soll aber künftig vermieden werden. Die Begründung für die Ablehnung der Verbindlichkeit ist in diesem Falle, wie auch in andern Fällen gegeben worden, wo man die Forderungen der Arbeitnehmer anerkannte.

Maschke, Berlin: Wir bitten, einstimmig die Entschließung über die Ferienfreizeit für die Jugend anzunehmen. Es muss dann aber auch alles getan werden, um die Jugend noch mehr als bisher zu organisieren und zu bilden. Das ist Voraussetzung für eine richtige Verwendung der Freizeit.

Darauf erhielt Peter Graumann, Berlin, das Schlusswort für den Bundesvorstand. Er ging zunächst auf die Frage der Industrieverbände ein und wies den Vorwurf zurück, daß die Maße zwar Verhältnisse wolle, die Führer aber solche Zusammenstellungen hintertrieben. Mehrere Beispiele, die der Redner aufzührte, beweisen, daß das nicht der Fall ist. Es wird dann geschildert, daß wir in der tarifvertraglichen Festlegung des Arbeitstandortes nicht nachlassen sollen. Diese Forderung ist durchaus abwegig, denn Bundesvorstand ist kein Fall bekannt, wo das nicht geschehen wäre. Wenn in der Arbeitsschafft und auch bezüglich der sonstigen Arbeitsbedingungen nicht mehr erreicht wurde, so liegt das an Verhältnissen, die nicht in der Macht der Gewerkschaften liegen. Es ist im übrigen bezüglich des Schlichtungswesens immer betont worden, daß niemals eine Aufhebung, sondern lediglich eine Reform in Frage kommen kann. Auf die Anfrage der Kommunisten kann erwidert werden, daß die Gewerkschaften nie nach der Weltanschauung ihre Mitglieder behandelten, sondern nur nach ihrem Verhalten, das sie aus ihrer Weltanschauung heraus hervorlehrten. Entscheidend für die Gewerkschaften ist, daß sie sich von außerhalb siegenden Körperschaften ihre Handlungen nicht vorschreiben lassen können und wollen; das gilt für die Kommunisten ebenso wie für die übrigen Mitglieder. Wir begrüßen, wenn im allgemeinen anerkannt wurde, daß geschehen ist, was möglich war. Damit wird auch gefragt, daß wir nicht mitschauen sollen, sondern anstrengen müssen, daß es in der Gewerkschaftsbewegung wirklich unaufhaltsam vorwärts und aufwärts gegangen ist. (Lebhafte Beifall.)

Bertrauensvotum für den Bundesvorstand.

Dann lag noch ein Antrag Brey (Fabrikarbeiter) vor, wo nach dem Bundesvorstand und seinen Mitarbeitern Entlastung erteilt und das Vertrauen ausgesprochen wird. Brey begründet mit besonderem Nachdruck und großer Wärme diesen Antrag, der darauf mit aller gegen drei Stimmen angenommen wurde. Der Kongress quittierte diese fast einstimmige Annahme des Vertrauensantrages mit spontanen Beifallstundgebungen.

Damit wurde der Kongress kurz nach 17.30 Uhr am Mittwochmorgen vertagt.

3. Verhandlungstag.

Schumann eröffnet kurz nach 9 Uhr den Kongress.

Die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie.

Fritz Naphtali führte dazu aus:

Der Begriff der Wirtschaftsdemokratie hat in Deutschland erst nach dem Kriege eine Rolle gespielt. Seitdem ist er aber auch von der Tagessordnung nicht verschwunden. Die Gewerkschaften haben den Gedankenkreis, der sich an die Wirtschaftsdemokratie knüpft, bereits auf dem letzten Gewerkschaftskongress in Breslau zu prüfen versucht. Die dort aufgestellten programmativen Forderungen haben eine starke Belebung des Problems in der Arbeiterschaft ausgelöst. Es zeigt sich aber, daß über ihre begriffliche Einwirkung noch mancherlei Unklarheiten vorhanden sind. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat inzwischen an der Klärung der Probleme weitergearbeitet und unterbreitet dem Kongress jetzt das Ergebnis einer geistigen Gemeinschaftsatmosphäre.

Die politische Demokratie, so sehr ihr Wert als Mittel im Befreiungskampf der Arbeiterklasse und als Form der staatlichen Organisation zu schätzen ist, bedeutet noch nicht die Verfestigung der wirtschaftlichen Unfreiheit in der Gesellschaft. Das ist eine alte Erkenntnis. Deshalb lämpfte die Arbeiterschaft zwar stets für die Demokratie, zog aber gleichzeitig eine klare Trennungslinie zwischen der bürgerlichen Demokratie, die politische Gleichberechtigung für vereinbar hielt, mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem, das cuius wirtschaftliche Unfreiheit der breiten Masse angebaut ist, und ihrem weitergehenden Ideal der sozialen Demokratie. Das Verlangen nach Wirtschaftsdemokratie hat jedoch nicht das geringste mit einem Abrück von der Idee des Sozialismus zu tun. Wirtschaftsdemokratie bedeutet keinen Ertrag für Sozialismus, sondern eine Ergänzung sozialistischer Ideen. Sozialismus und Wirtschaftsdemokratie sind als Endziel un trennbar miteinander verknüpft. Es gibt keine vollendete Wirtschaftsdemokratie ohne sozialistisches System, und kein Ideal des Sozialismus ohne demokratischen Aufbau der Wirtschaftsführung.

Es wäre aber auch reaktionär, wollten wir vor der Dynamik der kapitalistischen Wirtschaft und vor den Handlungen, die sich in der Gesellschaft unter dem Druck der wachsenden Macht der organisierten Arbeiterschaft vollziehen, die Augen verschließen. So wenig es bisher selbst auf den vorgegebenen Positionen gelegen ist, den Druck des kapitalistischen Systems auf das Proletariat zu beseitigen, so wenig darf man verkennen, daß es den Gewerkschaften dort, wo sie eine Macht bilden, doch gelungen ist, die Tendenzen der Verelendung zu überwinden. So sehen wir, wie unter dem Druck wachsender gewerkschaftlicher und politischer Macht der Arbeiterklasse ein neues Kollektiv- und Arbeitssrecht heranwächst.

Wir sehen weiter, wie die brutale Freiheit des Arbeitmarktes durch das Wirkeln der Gewerkschaften und durch den Ausbau der Sozialversicherung, neuerdings insbesondere durch den Ausbau der Arbeitslosenversicherung, Verhinderungen unterworfen ist, die eine grundhäßliche Anerkennung des Rechtes auf Sicherung der Existenz jedes Menschen bedeuten. Wir sehen ferner, wie die kapitalistische Wirtschaft sich von der freien Konkurrenz zur monopolierten Organisation entwickelt, wie sich aber die Antizipative zu einer planmäßigen Beeinflussung der Wirtschaft durch den Staat vermehren. Wir sehen endlich die wachsende Bedeutung der öffentlichen Hand im Wirtschaftsleben, gegen die die Begrüter einen verzweifelten Kampf unter der Parole: „Gegen die falsche Sozialisierung“ führen, und wie endlich die Arbeiterschaft selbst durch ihre Organisationen, durch Konsumgenossenschaften und Gewerkschaften ihr Weitwirkung dem Kapitalismus Boden in dem Gesamt wirtschaft abringt. Nunmehr ergibt sich aber auch daraus, daß der Nebergang von dem Wirtschaftssystem in der Gegenwart, das wir erleben, einen einigen leichten Übergang in die Zukunft, das wir erreichen, einen leichten Übergang in die Zukunft der Wirtschaft der kapitalistischen Unternehmeratome die demokratische Macht, der dauernd das Interesse der Gesamtheit gegenüber den Sonderinteressen einer herrschenden Klasse durchsetzt. Dieser Weg ist die Weg der Demokratisierung der Wirtschaft.

Der Redner gab dann einen Überblick über die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft von der freien Konkurrenz bis zur vollendeten monopolierten Marktbeherrschung. Diese Durch-

organisierung des Kapitalismus hat natürlich nichts mit einer Demokratisierung der Wirtschaft zu tun; ihr Zweck ist die autoritäre Stellung des Unternehmertums noch stärker zu betonen. Gerade aus dieser Nebenbedeutung der kapitalistischen Macht wächst zwangsläufig die Erkenntnis, daß hier von den Unternehmertumskontrollen Entscheidungen über das wirtschaftliche Wohl und Wehe gefällt werden, die nicht mehr in dem Bereich des Unternehmertums bleiben können, sondern zur Gemeinschaftswege werden müssen. Für die Arbeiterschaft wird der Aus, die Gemeinschaft — vertreten durch den demokratischen Staat — über die privatkapitalistischen Monopole zu jehen, zu einer unmittelbaren Maßgabe der Wirtschaftspolitik.

Neben der Staatskontrolle muss aber auch der Kampf um die Teilnahme der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter an der Führung der privaten Monopoliorganisationen weiterführen werden. Wir haben bereits in der deutschen Wirtschaft einige Selbstverwaltungsförderer, so im Kohlen- und Stahl-Bergbau. Die Position der Arbeiterversammlungen in diesen Selbstverwaltungsförderern ist allerdings schwach und die Durchsetzung der Gewerkschaftsinteressen unvollkommen. Auch die Tendenz zur Ausdehnung unserer östlichen Betriebe hat besondere Bedeutung angenommen. Diese Entwicklung steht gleichfalls im Reichen der Demokratisierung der Wirtschaft. Der leidenschaftliche Kampf, der von den Unternehmern gegenwärt geführt wird, berichtet schon an. Welche verwaltungstechnischen Formen diese Betriebe auch annehmen, kommt nun die Forderung erhoben werden, daß dadurch nicht der entscheidende Einfluß der östlichen Körperschaften auf der Wirtschaftsführung eingeschränkt wird. Dieses Problem spielt besonders für die Reichsbahn durch ihre Verbindung mit dem Reparationsproblem eine Rolle. Der Einfluß der Reichsregierung und des Reichstages ist hier in ungünstiger Weise zurückgedrangt worden. Säßen wir die Umstände der Reichsbahn, der Reichspost und aller öffentlichen Betriebe, wie Gas-, Elektrizität- und Wasserwerke, Verkehrsunternehmungen, staatliche Bergbaubetriebe und Staatsbetriebe der Industrie und der Forstwirtschaft zusammen, so kommen wir schätzungsweise auf zehn bis zwölf Milliarden Reichsmark. Das entspricht ungefähr dem Wert der landwirtschaftlichen Erzeugung in Deutschland. Diese Zahl zeigt den Einfluß der östlichen Betriebe in unserer Wirtschaft.

Das ist aber noch nicht die einzige Form, in der sich neue Eigentumsverhältnisse durchsetzen. Wachsende Bedeutung gewinnt das Gebiet des Wirtschaftslebens, auf dem die Arbeiterschaft durch eigene Organisationen und durch Selbsthilfe vor dringt. Das sind in erster Linie die Konsumgenossenschaften. Wir zählen in den Konsumvereinen bereits rund drei Millionen Mitglieder und mit den Familienangehörigen rund zwei Millionen Menschen, also fast ein Fünftel der deutschen Bevölkerung. Rund eine Milliarde Reichsmark wird durch diese Genossenschaften umgesetzt. Daneben verdient aber auch das unmittelbare Eindringen gewerkschaftlicher Arbeit in die Wirtschaft wachsende Aufmerksamkeit. Es sei hier der neuartigen Formen auf dem Gebiete des Bauwesens und der Wohnungsfürsorge gedacht, die ihre Spitzen im Verband der sozialen Bauwirte und in der Demoweg haben. Es sei weiter die Entwicklung der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten erwähnt. Auf diesem Wege läuft sich der kapitalistischen Wirtschaft noch manches Terrain abgrenzen.

Alle diese Einzelheiten zeigen, daß das Jahrzehntelange Wingen der Arbeiterschaft nicht fruchtlos geblieben ist, daß Fortschritte zu verzeichnen sind, die in ihrer Gesamtheit ihren Anfang einer Aushöhlung des kapitalistischen Wirtschaftsverhältnisses des Arbeiters gegenüber dem Kapital bedeuten. Nach einigen Bemerkungen zur Nationalisierung, die notwendigerweise in der kapitalistischen Wirtschaft für die Arbeiterschaft ein doppeltes Gesetz haben mühte. Soweit die Nationalisierung durch technischen Fortschritt, durch Erhöhung der Produktivität der Arbeit und durch bessere Organisation erreicht wird, kann sie grundsätzlich von der Arbeiterschaft befürwortet werden. Leider ist aber auch die Tendenz vorherrschend, einen Druck auf die Arbeiterschaft auszuüben, ihre Arbeit zu beschleunigen, ihre Arbeitssatz rücksichtslos zu verantreiben, ohne Rücksicht darauf, ob die augenscheinliche Anspannung der Arbeiterschaft zu einem vorzeitigen Verzehr der Kräfte führt. Diese Tendenzen der Ausschöpfung müssen von der Arbeiterschaft mit aller Kraft bekämpft werden.

Es gilt also, sich gegen die Methoden einer Pfänderschaftsierung zu wenden. Gerade aus diesem Grunde ist die Forderung nach Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Betrieben und den Gewerkschaften übertrieben, immer mehr zu verstärken.

Die Arbeiterschaft zeigt sich, daß der Prozeß der Neubewertung des kapitalistischen Wirtschaftssystems sich praktisch in vieler Hinsicht abspielen muß. Eine Seite dieses Kampfes sei noch erwähnt, weil sie für den weiteren Erfolg von großer Bedeutung ist. Das ist die Frage der Demokratisierung des Bildungswesens. Das öffentliche Schulwesen, das heute noch wesentlich auf dem Bildungsmonopol der bestehenden Klasse besteht, in den Bedürfnissen der Demokratie anzupassen. Das Ergebnis dieser Demokratisierung ist der Aufbau der Volksschule.

Ausgeweitet kann also von der Demokratisierung der Wirtschaft gesagt werden, daß sie nichts anderes bedeutet, als den Weg, der uns von der dunklen Begravung in die helle Zukunft des Sozialismus führen soll. Wir wollen jede einzelne Stappe der Machtausweitung, jede einzelne Verlängerung an die Geieckbung einschreiben in das große Bild, das wir uns von der Vermittlung des Sozialismus machen. Eine Reiseleitung im Kampfe um das Gebiet, sondern fahrt weise geht's voran, ist die Parole.

Die Aussprache.

Fritz Müntner, Berlin: Ich stimme dem Referenten durchaus zu, daß die Demokratisierung der Wirtschaftsdemokratie eine Periode langjähriger Entwicklung erfordert. Seiner Meinung nach der Referent auf die Bedeutung der Betriebsräte für die Wirtschaftsdemokratie eingegangen ist. Das wäre zunächst nicht gerecht, weil bei der Bestätigung der Betriebsräte in diesem Zusammenhang nicht unterschlagen werden darf, was die Arbeiterschaft, so immer sie Möglichkeit hat, für die Gemeinschaftswirtschaft tutzt werden will, zweitens die Wirtschaftsdemokratie selbst.

Siegmar Präß, Hannover: Es muß überprüft werden, ob wir bei dem Preußischen Kongress jenseits einer ersten Stufe — der Regelung der Betriebsdemokratie — vorwärtskommen können. Es fehlt mir dazu nur noch die Überprüfung, welchen Möglichkeiten wir für die Zukunft zu folgen haben. Wir befinden uns vielleicht auf dem richtigen Platz mit beiden endgültigen möglichen Wege unter den Füßen und brauchen uns über die Gefahren einer weiteren Gegenpartei von links, die wir im kapitalistischen Zustand unterdrücken, auch nicht aufzuregen. Gerade die, die beide Rettungswege haben, sind für unseren großen Sozialstaat unabdingbar. Demokratisierung der Wirtschaft ist aber vorrangig auch eine Bildungswesens. Wir müssen viel weiter, wenn es darum geht, sozialistische Denkenschule tiefer in die Arbeiterschaft einzutragen werden.

Werner Dohmen: Wir können diesen Vortrag nur bestätigen, weil er endlich einmal den Kontakt der Wirtschaftsdemokratie zum sozialdemokratischen Zentralrat eines wirtschaftlichen Wirtschaftsministeriums in diesem Sinne kann nur mit dem Ziel des Gemeinschaftsvertrags hergestellt werden. Die jetzt vorliegende Einheitsbewegung steht mir erfreulicher Tatsache auf unsere großen Interessen und Zielen heraus. Wir müssen alles erledigen, damit diese Ziele immer wieder im Vor-

dergrund der öffentlichen Diskussion stehen. Wer sich nicht für diese unsere Ziele und Forderungen erklären kann, der ist eben unser Gegner und muß als solcher betrachtet werden.

Bisko, Berlin: Nachdem wir den Vortrag gehört haben, können wir uns eine Darstellung davon machen, welche Schwierigkeiten dem Problem der Lösung der Wirtschaftsdemokratie noch entgegenstehen. Trotzdem wollen und müssen wir dafür kämpfen, weil wir das heutige Wirtschaftssystem nicht als eine gottgewollte Ordnung ansehen können. Unmerklich werden wir zunächst die geistige Durchdringung der Arbeiterschaft und Demokratie mit unserer Aussuffung betreiben müssen, ehe wir wesentlich praktische Fortschritte erzielen können.

Gästlein, Düsseldorf: vom Centralverband deutscher Konsumvereine, sprach dann über die Bedeutung der Konsumgenossenschaften und ihre Aufgaben zur Wirtschaftsdemokratie. Er wies darauf hin, daß die Eigenversorgung als Faktor der Wirtschaftsdemokratie bereits ständig im Wachsen ist. Es sind im letzten Jahre von den GEV-Betrieben und sonstigen genossenschaftlichen Produktionsunternehmen bereits mehr als 210 Millionen Reichsmark umgesetzt worden. Der Redner sprach sich dann für eine enge Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften in dieser Frage aus.

Eggert, Berlin, vom Bundesvorstand: Dieklärung, die der Vortrag gebracht hat, erkennen wohl alle Zuhörer an. Freilich wissen wir, daß noch nicht mit dem jetzigen Wortschatz das letzte Wort über die Wirtschaftsdemokratie gesprochen ist. Der größte Wert ist zweifellos darauf zu legen, daß Wirtschaftsdemokratie in jeder leichten Wendung erst unter der sozialistischen Wirtschaft möglich ist. Die Frage ist, sollen wir uns in Massnahmen für ferne Ziele ertröpfeln, oder sollen wir in täglicher Kleinarbeit etappeweise auf dem Wege zum Sozialismus schreiten. Wir wissen, daß



Naphthal.

ein Wirtschaftsführer der Arbeiterschaft, eingeschlossen die jüngste Gewerkschaftsverbandsmitgliedschaft an der Spitze, die Zukunft keiner, daß die kapitalistische Wirtschaft noch lange nicht dem Niedergang entgegengeht und der Zusammenbruch oder der Tag der Umwidlung noch einige Zeit auf sich warten läßt. Wenn das aber ist, dann wäre es ein Verbrechen, wollten wir warten, bis dieser Augenblick gekommen ist. Es kann nur eins geben: Alle Wege und Möglichkeiten auszunutzen, die uns der Verwirklichung dieses Ziels näherbringen. (Beifall.)

Mielke, Berlin: Nach dem Vortrag ist sicher allen Gewerkschaften klar geworden, daß wir das große Ziel der Wirtschaftsdemokratie nicht allein erreichen können. Wir benötigen der aktiven Mitarbeit der politischen Partei. Darauf müssen Gewerkschaften und Sozialdemokratie in dieser Frage zusammenarbeiten. Vor allem gilt es einmal, die in der Verfassung verankerte Gleichberechtigung der Arbeitnehmer in allen Punkten durchzusetzen.

Kraus, Stuttgart: Ich bin nicht überzeugt von den Aussprüchen des Referenten. Der Versuch um das Endziel des Sozialismus wird nach dieser Auffassung aufgegeben. (Widerspruch) Wirtschaftsdemokratie ist eine Illusion, wie die Arbeitsgemeinschaftspolitik in der Nachkriegszeit. (Sturmische Heiterkeit und erneuter Widerspruch.)

Tarnow, Berlin: Der Vortrag sollte nicht absolut etwas Neues bringen; insfern haben einige Debatte redet recht. Aber die Zusammenfassung alles dessen, was wir heute schon betrieben und als richtig erachten, ist doch von außerordentlich großer Bedeutung. Es ist eine merkwürdige Sorte von Marxisten, die glauben, daß das in den neuen ökonomischen marxistischen Erkenntnissen mit dem Ableben von Karl Marx aufhört. (Rückrufe: Sehr richtig!) Dieser Auffassung wird immer noch die Kommunisten, Wir als Gewerkschaftsärtler sind Realpolitiker; wir wissen, daß neue ökonomische Erkenntnisse auch aus den jeweiligen ökonomischen Verhältnissen gezogen werden. (Rückrufe: Echt wahr!) Wenn Karl Marx heute noch lebte, dann hätte er wahrscheinlich das Recht von Rechts aufgehoben und jedenfalls auch nichts anderes sagen können als dieser. (Beifall.) Wir denken auch nicht daran, außer Endziel, den Sozialismus, preiszugeben. Wir wollen eine bessere Zukunft, aber auch eine bessere Zukunft. Das ist der Sinn unseres Programms zur Wirtschaftsdemokratie. Wir wollen auch nicht verneinen, daß unser Wirtschaftsprogramm eine stärkere Verbundenheit mit der Sozialdemokratie herstellt. Der Gewerkschaft gegen die wirtschaftliche Autarkie des Unternehmertums ist bisher schon nicht erfolglos geblieben. Lebendige Zweige der Wirtschaft werden bereits in der kapitalistischen Gegenwart in steigendem Maße von der Privaten in die öffentliche Hand überführt. Die Arbeitsbedingungen hängen nicht mehr allein von der Freiheit des Marktes ab, die für den Arbeiter schlimmste Unfreiheit bedeutete. Sie werden gestaltet unter dem zunehmenden Einfluß der Gewerkschaften und mitgeformt von Gesetzen, die der demokratisierte Staat gegen die Freiheit der Ausbeutung erlassen muß. Auch die Wandlung des Eigentumsrechtes ist in ihren Auswirkungen sichtbar.

Die Demokratisierung der Wirtschaft bedeutet schriftweise Beseitigung der Herrschaft, die sich auf dem Kapitalbesitz aufbaut, und die Umwandlung der leitenden Organe der Wirtschaft aus Organen der kapitalistischen Interessen in solche der Allgemeinheit.

Die Demokratisierung der Wirtschaft erfolgt schriftweise mit der immer deutlicher sichtbaren Streitumwandlung des Kapitalismus. Deutlich führt die Entwicklung vom kapitalistischen Einzelbetrieb zum organisierten Monopolkapitalismus.

Damit würden auch die Gegenkräfte der organisierten Arbeiterschaft und der politisch-demokratisch organisierten Gesellschaft gewaltig. Der Gewerkschaft gegen die wirtschaftliche Autarkie des Unternehmertums ist bisher schon nicht erfolglos geblieben.

Lebenswichtige Zweige der Wirtschaft werden bereits in der kapitalistischen Gegenwart in steigendem Maße von der Privaten in die öffentliche Hand überführt. Die Arbeitsbedingungen hängen nicht mehr allein von der Freiheit des Marktes ab, die für den Arbeiter schlimmste Unfreiheit bedeutete. Sie werden gestaltet unter dem zunehmenden Einfluß der Gewerkschaften und mitgeformt von Gesetzen, die der demokratisierte Staat gegen die Freiheit der Ausbeutung erlassen muß. Auch die Wandlung des Eigentumsrechtes ist in ihren Auswirkungen sichtbar.

Die Anfänge der Neuregelung erleichtern es der Arbeiterschaft, die Demokratisierung der Wirtschaft weiterhin in schnellem Tempo zu fördern. Auf zwei Wegen ist die Kraft der Gewerkschaften hierfür einzusehen. Auf der einen Seite stehen die Forderungen an die Gesetzgebung und die öffentliche Verwaltung. Sie werden sich in dem Maße durchsetzen, als die Gewerkschaften und die politische Macht der Arbeiterschaft im demokratischen Staat sich Geltung und Einfluß verschaffen. Auf der andern Seite stehen die Anfagen des Aufbaus einer demokratischen Wirtschaftsformen, die unmittelbar von der organisierten Arbeiterschaft selbst, ohne den Umweg über den Staat, zu erfüllen sind.

Zwei dieser Anfänge und Forderungen gehören die Ausgestaltung des kollektiven Arbeiterschaffens, des sozialen Arbeiterschaffens, der Gewerkschaftsverträge, der Selbstverwaltung der Sozialversicherung, die Erweiterung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeitnehmer im Betrieb, die paritätische Vertretung der Arbeiterschaft in allen wirtschaftspolitischen Sturzversammlungen, die Kontrolle der Monopole und Kartelle unter voller Mitwirkung der Gewerkschaften, die Zusammenfassung von Industrien zu Selbstverwaltungsförderern, die Ausgestaltung der Wirtschaftsbetriebe in öffentlicher Hand, die Produktionsförderung in der Landwirtschaft durch genossenschaftliche Zusammenfassung und Hochschulbildung, die Entwicklung der gewerkschaftlichen Eigenbetriebe, die Förderung der Konsumgenossenschaften, die Durchbrechung des Bildungsmonopols.

Die Durchführung dieser Anfagen wird nicht nur die geistigen und materiellen Lebensbedingungen der Arbeiterschaft verbessern, sie wird gleichzeitig durch die Befreiung der Wirtschaft vom privaten Kapitalstreben die Lebensbedingungen der Gesamtheit auf eine höhere Stufe heben.

Die Arbeiterschaft hat sich außerdem maßgebenden Einfluß auf die Hannoversche Bodenkreditbank gesichert. Es sind weitere Eigentumsverträge geschlossen und Hilfsmaßnahmen in Angriff genommen. Auch die Stützung stadtgeleger Wirtschaftsbetriebe ist durch die Arbeiterschaft gelungen. In den Eigentumsverträge können und müssen wir auch kräftig schulen.

Die Arbeiterschaft hat sich außerdem maßgebenden Einfluß auf die Hannoversche Bodenkreditbank gesichert. Es sind weitere Eigentumsverträge geschlossen und Hilfsmaßnahmen in Angriff genommen. Auch die Stützung stadtgeleger Wirtschaftsbetriebe ist durch die Arbeiterschaft gelungen. In den Eigentumsverträge können und müssen wir auch kräftig schulen.

Heide, München: Wir haben bereits starke Ansätze zur Wirtschaftsdemokratie, zu der die Arbeiterschaft auch herangerufen ist. Wie deutet sich der Bundesvorstand die weitere Durchführung des Artikels 163 der Verfassung? Wir haben noch keine Bezeichnungswahl für die weiteren Untergliederungen ist überhaupt noch nichts vorgesehen. Die Mitwirkung der Betriebsräte in den Ausschüssen ist von erheblicher Bedeutung. Auch in die Sozialberatungen müssen wir stärker einbinden, um eine Verbesserung in der Altersversorgung zu erreichen.

Auf Antrag Simon, Nürnberg, wird Schluss der Debatte beschlossen.

Das Schlußwort Naphthalis.

Die Frage der Rolle der Betriebsräte in der Demokratisierung der Wirtschaft bedarf noch der Klärung. Da wir in der Wirtschaftsdemokratie stehen, ist eine gelinde Nebenberührung. Ich schaue die Betriebsräte und ihre Tätigkeit gewiß hoch ein, sie haben eine wichtige Funktion in der Gestaltung des Arbeitsverhältnisses, der Einfluss auf die Führung der Wirtschaft aber kann nicht von den Betriebsräten ausgehen. Sie sind an den Betrieb gebunden. So könnte die wirtschaftliche Vertretung leicht in einem Sonderverein ausgetragen. Die Eindringung in die Wirtschaft ist Sachen der Gewerkschaften. Zug und der Gewerkschaft wird Entscheidendes nicht zu erreichen sein. Für das praktische Vorgehen werden die überbetrieblichen Organisationen entscheidend sein.

Wenn ich von der Demokratisierung der Wirtschaft spreche, neige ich wenig dazu, einen Paragraphen der Verfassung heranzuziehen. Das Wort Lastalles gilt noch, daß die realen Beziehungen die Verfassung sind. Aber wir können natürlich an den Artikel 163 anknüpfen. Die Forderung nach Bildung von Betriebswirtschaftsräten und nach Umgestaltung der Unternehmensverträge besteht noch wie vor. Wir müßten ein Bild von dem Aufbau der Wirtschaft in ihrer Gesamtstruktur gewinnen. Wir brauchen den Überblick, den aus die Wirtschaft in den genannten Körperschaften erschließt.

Wenn wir die Demokratisierung der Wirtschaft als Notwendigkeit anerkennen, dann bedeutet das einen wesentlichen Kraftzunahme. Alle Kraft müssen wir in dieser Richtung einzehren. (Lebhafter Beifall.)

Es wird dann die Abstimmung über die vorliegenden Entschließungen vorgenommen. Es wird eine Entschließung angenommen, die die günstige Entwicklung der Gewerkschaften anerkennt und die Notwendigkeit ihres Aufbaus betont. Eine Entschließung gleicher Tendenz, die sich mit der Arbeiterschaft beschäftigt, findet gleichzeitige Annahme.

Entschließung.

Die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie.

Ausgehend von der Erkenntnis, daß das Wohl der Arbeiterschaft neben dem inneren und im Vordergrunde der gewerkschaftlichen Anfagen stehenden Kampf um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen entscheidend abhängt ist von der Umwandlung des Wirtschaftssystems, erhebt der 12. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands von neuem die Forderung der Demokratisierung der Wirtschaft.

Die Gewerkschaften erläutern, wie es der Karlsruher Kongress im Jahre 1919 schon erklärt hat, im Sozialismus gegenüber der kapitalistischen Wirtschaft die höhere Form der volkswirtschaftlichen Organisation. Die Demokratisierung der Wirtschaft führt zum Sozialismus. Dieser Weg bedingt an sich die ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung auf diesem Wege zu führen, ist eine Aussage, die in erster Linie den Gewerkschaften zässt. Nicht als fernes Anfangsziel, sondern als logisch fortstreichender Entwicklungsprozeß stellt sich die Umwandlung des Wirtschaftssystems dar. In diesem Entwicklungsprozeß sind der organisierten Arbeiterschaft vielseitige Einzelaufgaben erwachsen.

Die Demokratisierung der Wirtschaft, die sich auf dem Kapitalbesitz aufbaut, und die Umwandlung der leitenden Organe der Wirtschaft aus Organen der kapitalistischen Interessen in solche der Allgemeinheit. Die Demokratisierung der Wirtschaft erfolgt schriftweise mit der immer deutlicher sichtbaren Streitumwandlung des Kapitalismus. Deutlich führt die Entwicklung vom kapitalistischen Einzelbetrieb zum organisierten Monopolkapitalismus.

Damit würden auch die Gegenkräfte der organisierten Arbeiterschaft und der politisch-demokratisch organisierten Gesellschaft gewaltig. Der Gewerkschaft gegen die wirtschaftliche Autarkie des Unternehmertums ist bisher schon nicht erfolglos geblieben.

Lebenswichtige Zweige der Wirtschaft werden bereits in der kapitalistischen Gegenwart in steigendem Maße von der Privaten in die öffentliche Hand überführt. Die Arbeitsbedingungen hängen nicht mehr allein von der Freiheit des Marktes ab, die für den Arbeiter schlimmste Unfreiheit bedeutete. Sie werden gestaltet unter dem zunehmenden Einfluß der Gewerkschaften und mitgeformt von Gesetzen, die der demokratisierte Staat gegen die Freiheit der Ausbeutung erlassen muß. Auch die Wandlung des Eigentumsrechtes ist in ihren Auswirkungen sichtbar.

Die Anfänge der Neuregelung erleichtern es der Arbeiterschaft, die Demokratisierung der Wirtschaft weiterhin in schnellem Tempo zu fördern. Auf zwei Wegen ist die Kraft der Gewerkschaften hierfür einzusehen. Auf der einen Seite stehen die Forderungen an die Gesetzgebung und die öffentliche Verwaltung. Sie werden sich in dem Maße durchsetzen, als die Gewerkschaften und die politische Macht der Arbeiterschaft im demokratischen Staat sich Geltung und Einfluß verschaffen. Auf der andern Seite stehen die Anfagen des Aufbaus einer demokratischen Wirtschaftsformen, die unmittelbar von der organisierten Arbeiterschaft selbst, ohne den Umweg über den Staat, zu erfüllen sind.

Zwei dieser Anfänge und Forderungen gehören die Ausgestaltung des kollektiven Arbeiterschaffens, des sozialen Arbeiterschaffens, der Gewerkschaftsverträge, der Selbstverwaltung der Sozialversicherung, die Erweiterung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeitnehmer im Betrieb, die paritätische Vertretung der Arbeiterschaft in allen wirtschaftspolitischen Sturzversammlungen, die Kontrolle der Monopole und Kartelle unter voller Mitwirkung der Gewerkschaften, die Zusammenfassung von Industrien zu Selbstverwaltungsförderern, die Ausgestaltung der Wirtschaftsbetriebe in öffentlicher Hand, die Produktionsförderung in der Landwirtschaft durch genossenschaftliche Zusammenfassung und Hochschulbildung, die Entwicklung der gewerkschaftlichen Eigenbetriebe, die Förderung der Konsumgenossenschaften, die Durchbrechung des Bildungsmonopols.

Die Durchführung dieser Anf

Der Kriegsgegner der britischen Trade Unions.

Die deutsche und die englische Gewerkschaftsbewegung sind die zwei größten und mächtigsten Institutionen der internationalen Arbeitersbewegung, weshalb ihre Kongresse internationale Bedeutung beanspruchen können. Es gab eine Zeit, wo die englische Gewerkschaftsbewegung Vehemenz der Arbeiterschaft der Welt war. Doch zu Anfang des Jahrhunderts pilgerten zahlreiche Sozialisten und Volkswirtschaftler nach England, um an Ort und Stelle Theorie und Praxis der dortigen Bewegung kennen zu lernen. Der geradezu erstaunliche Aufstieg, den die deutsche Bewegung in dem kurzen Zeitraum von 1890 bis 1910 machte, bewirkte einen bemerkenswerten Umsturz: War man früher zu Studienzwecken nach England gepilgert, so kam man nun nach Deutschland zum Studium des in der Geschichte einzig dastehenden und unübertroffenen Auschwungs der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Durch den Krieg wurde Deutschland zeitweise von der Welt abgeschnitten; aber auch in dieser so traurigen Zeitschicht gelang ein Wunder: Die Gewerkschaften bildeten die Brücke zur Wiedervereinigung der gespaltenen Menschheit. Heute markiert die deutsche Gewerkschaftsbewegung wieder wie früher an der Spitze der Internationale der Gewerkschaften. Dieses offen auszusprechen, ist und darf nicht als Überhebung aufgesetzt, aber was ist, braucht nicht verschwiegen zu werden.

Der diesjährige in Swindon getragene Gewerkschaftskongress fandt auf eine währende Vergangenheit zurückblieben. Er reichte, wie der Kongresspräsident hervorhob, sein Diamantjubiläum. Beuerfeuerweise war mit dem Kongress keine besondere Jubiläumsverknüpfung vom organisatorischen Standpunkt aus betrachtet, allerdings ein Mausoleum. Neben Hauptversammlung und Plenarversammlung fanden sich noch eingeschlossene Versammlungen, und doch verließ auch diese Tagung nicht ohne prahlende Sensationen.

Die wichtigsten Verhandlungsgegenstände betrafen die Organisationsfrage und die Mond-Turner-Berichtsfrage. Das Problem der Organisation ist für England mit seinen 1144 Gewerkschaften äußerlich kein leichtes. Seit 5 Jahren wird auch auf den Kongressen nach einem Mittel gesucht, aus dem bestehenden Zentralrat herauszukommen. Der Generalrat hat sich noch eingehender untersucht der ganzen Materie gegen eine definitive Besiegung nach der einen oder anderen Seite gewehrt. Schon der vorige Kongress ließ Sturm gegen die passive Haltung des Generalrats in dieser Frage. Zur Feststellung der Haltung der Verbände wurden im letzten Jahre Fragebögen verfaßt; doch sind die eingegangenen Antworten wenig erfreulich. Die Mehrzahl der Verbände ist gegen eine Vereinigung. Auf Antrag der Maschinenbauer fordert nun der Kongress den Generalrat auf, einen Neorganisationsausschuß zu ernennen, dessen Aufgabe es sein soll, bis zum nächsten Kongress einen Plan auszuarbeiten. Über auch diese Entschließung ist wenig vertraut zu erkennen. Es fehlt an Richtlinien, nach der der Ausschluß zu Werke gehen soll. Es herrscht überhaupt keine Klärheit darüber, nach welchem System die Reorganisation vorzunehmen werden soll. Vielleicht glaubt man, die Schaffung von Industrieverbänden sehe die Errichtung bestehender größerer Organisationen voraus. Wie dem auch sei, sei fest, daß die jetzige Differenzierung ist mehr als verderblich, und im Interesse der Bewegung wäre es zu wünschen, wenn es dem Generalrat gelänge, einen brauchbaren Plan zu entwerfen. Eine Voraussetzung für jede Arbeit auf diesem Gebiete ist priuer Willen, gepaart mit Organisationstalent. Vieles könnte geschehen, wenn verwandte Verbände sich zum Zwecke der Verschmelzung zusammenfänden.

Die Sensation kam bei Beratung des Berichts des Generalrats über die Mond-Turner-Berichtsfrage. Eine äußerst peinliche Situation entstand, als der Verbandsleiter Kopf von seinen eigenen Vorstandskollegen desapponiert wurde. Cook hat in einer Reihe von Broschüren die Gewerkschaftsführer des Berichts beschuldigt, die sich mit dem „Arbeitsgemeinschaftswindel“ eingelassen haben. Nun aber sagte er auf dem Kongress:

„Wie immer ich die Gewerkschaftsführer auch einschäfe, so steht doch fest, daß Männer des Generalrats sind gerade so gut wie ich bemüht, das Beste zu tun für die Mitglieder, die sie vertreten.“

Diese Erklärung kam wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Die Delegierten trauten ihren eigenen Ohren nicht. Nach diesen Sätzen verurteilte Cook die „Arbeitsgemeinschaftswindel“ am schärfsten. Die zweite Sensation kam, als Herbert Smith, Vorsitzender der Föderation, sofort nach Cook das Votum erhielt und erklärte:

„Als Vorsitzender der Bergarbeiterföderation bin ich beauftragt, an diesem Punkt zu sprechen. Meine Organisation hat beschlossen, sich mit ganzem Herzen hinter die Vorschläge des Generalrats zu stellen. Cook hat nur seine persönliche Meinung hier vertreten, die im scharfen Widerspruch mit der Politik der Föderation steht.“

Alle werden über die Bekämpfung Cooks entzückt sein: aus seinem Munde haben wir es nun vernommen, daß die Gewerkschaftsführer nur das Beste wollen und keine Verräte an der Arbeiterschaft sind.“

Walter Gittine, Sekretär des Generalrats, hielt eine glänzende Rede für die eingeschlagene Politik. Er verglich die jetzige Stütze der wirtschaftlichen Entwicklung mit der industriellen Revolution, die über England im Jahre 1770 hereinbrach und das kapitalistische Zeitalter einleitete. Als der Kapitalismus die Weltherrschaft erlangte, gab es keine Arbeiterorganisationen, keinen gesetzlichen Schutz für die Arbeiter. Hilflos war die Arbeiterklasse der brutalen Profitgier des Kapitals preisgegeben. Kinderarbeit im zarten Lebensalter war an der Tagesordnung, die Arbeitszeit endlos, sie betrug bis zu 18 Stunden. Die Arbeiter waren Lohnarbeiter in des Wortes wahrster Bedeutung. Die Nationalisierung kann mit dem Beginn dieser Periode, die die Dampfmaschine brachte, verglichen werden, meinte Gittine, und gerade so gut, wie es unmöglich war, die Einführung der Maschine an zu verhindern, so ist es heute unmöglich, die Nationalisierung zu unterstreichen. Was ist da zu tun? Sollen die Gewerkschaften die Hände in den Schoß legen? Nein! Wir haben die Forderung nach dem Arbeiterschutzrecht in Betrieb und Produktivität erhöhen und sind entschlossen, durch unsere Politik das gesetzte Ziel zu verwirklichen.

Bedeutungsvoll waren auch die Worte von Evans, des alten erfahrenen Gewerkschaftsführers, der mit Recht sagte: Der Kapitalismus kann mit Schlagwörtern nicht weggehalten werden, das Geschehen von Warrack sei mehr als Missun, denn was sei verraten worden? Die falsche Auseinandersetzung der Gewerkschaften ist bereits errungen, und wie sind auch nicht gewillt, unsere Grundsätze anzugeben.

Schließlich wurde der Bericht des Generalrats mit überwältigender Mehrheit angenommen. Das Abstimmungsergebnis lautet: Für den Bericht des Generalrats 307.000 Stimmen, dagegen nur 56.000 Stimmen.

Eine interessante Szene rief auch das Verhalten der sogenannten Minoritätsbewegung zu den Gewerkschaften hervor. Es handelt sich um die „Sekten“, die im Laufe der Zeit von den Kommunisten ins Leben gerufen wurden. Noch zu dieser Periode gab eine Entstehung, so nach der Generalrat eine Untersuchung über die Verschwendungsquelle einleiten und das Ergebnis den angehörenden Verbänden mitteilen soll. Die meisten Redner wandten sich dieser gegen die recht sonderbare Taktik des Sekretärs der Bergarbeiter, und auch hier erhob Herbert Smith als Vertreter der Organisation die leisen Vorwürfe gegen seine Vorstandskollegen. Der erklärte Mitgliederversuch wurde als Ergebnis der geradezu schamlosen Wahlarbeit der Kommunisten abgewiehlt. Thomas von den Eisenbahnen ging vor allem mit Cook sehr scharf ins Gericht, der über Sonderbarkeiten keine Rassisten meinte, sich gegen die schweren Formen zu vertheidigen und überhaupt in die Debatte nicht einzustellen. Thomas sagte u. a.: Wie ist es nun möglich, die Organisierten zum Verbund bereit zu halten, wenn sogar ein Mitglied des Generalrats Cook nicht mäde wird, immer wieder zu erklären, die Männer seien Verräte, die die Interessen der Arbeiter im Sinn lassen. Die Leute, die das immer wieder hören, fehlen schließlich der Erziehung den Männern oder benennen es als Vorwand, um erst gar nicht Mitglied zu werden.

So hat man auch in England nach Erfahrungen überliefert, daß einzelnen, daß die Zellenarbeit der „Minoritätsbewegung“ gewerkschaftsmäßig ist. Die Entstehung wurde per Affidavit angenommen, und vereinzelt Delegierte stimmten dagegen. Das Ergebnis erzeugte einen sogenannten Debatturnier im Kongress, der geradezu vernichtend für die Oppositionen war. Die Klärung der Meister war auch unvermeidlich. Es handelt sich hier, wie die einzelnen Redner immer wieder betonten, nicht um Unterbindung der Kritik, die zum Leben jedes gesunden Organismus gehört. Das Ziel der Kritik muss aber im Ausbau bestehen und darf nicht auf vorbedachte Verstärkung des eigenen Hauses gerichtet sein.

Ein Antrag zur Einberufung eines Weltkongresses, an dem außer den russischen Gewerkschaften alle dem I.G.W. nicht angegeschlossenen Verbände einzuladen sind, wurde mit 243.000 gegen 139.000 Stimmen abgelehnt.

Eine der merkwürdigsten Erscheinungen im englischen Gewerkschaftsleben ist der seit 1920 zu verzeichnende katastrophale Mitgliederabfall. Die Mitgliedszahl sank von 6.120.000 auf etwa 4 Millionen in diesem Jahre, so daß also die deutsche Gewerkschaftsbewegung heute auch numerisch härter ist als die englische. Dieser Verlust an Mitgliedern ist um so ausschärfender, als doch England weder eine Inflations- noch Stabilisierungsperiode durchgemacht hat. Natürlich wäre es falsch, diesen bedauerlichen Rückgang einzig und allein auf das Konto der Minoritätsgruppe zu setzen. Hier müssen schon tiefer liegende Gründe vorliegen; vielleicht liegt die Schuld zum Teil doch an der jüngsten Zersplitterung der Bewegung, die jede mitbringende Ausbauplatz im Reime erfordert. Es fehlt an konstruktiven Gedanken. „Die Gewerkschaftsführer wollen in ihrer Möglichkeit nicht gefordert werden“, schreibt „The New Leader“, das sozialistische Wochenblatt. Es ist zu wünschen, daß der Generalrat die ganze Bewegung mit neuem Geist belebt; daß er den Willen hierzu hat, dafür legt vor allem der in diesem Jahre dem Kongress vorgelegte Geschäftsbericht bereites Zeugnis ab.

V. Weingarth.

Geldhändler gegen Arbeiterschaft.
Sie verdienen viel und sie verdienen leicht, aber sie haben doch ihre Sorgen, denn der „deutsche Wirtschaft“ geht es viel zu schlecht und dem deutschen Arbeiter geht es viel zu gut. 1500 Bankiers und noch Hunderte anderer „Wirtschaftsführer“ sind noch völker zum 7. deutschen Bankertag gekommen, der einige Tage nach dem Hamburger Gewerkschaftskongress stattfand und haben durch Reden und Forderungen bewiesen, daß sie nichts gelernt haben und nichts lernen wollen.

Die Tagung der Bankherren stand unter dem Zeichen: Reparationsleistung. Ab 1. September laufenden Jahres hat Deutschland die volle Zahlung in Höhe von 25 Milliarden RM zu zahlen, das sind 700 Millionen RM mehr als im Vorjahr. Wie zu erwarten war, strömten sich Unternehmer und Kapitalisten mit allen Kräften dagegen, ihren Anteil an dieser Last zu tragen, und versuchten, der Arbeiterschaft die ganze Bürde anzulegen. Doch mehr, nicht nur die nach unten drängenden Steuern, die an die früheren Kriegsgegner gehen, sollen aus der Arbeiterschaft herausgepreßt werden, sondern noch obendrein ein Strom von Kapital, der in die Taschen der Finanzfürsten fließen soll.

Kapitalbildung! — war die große Forderung der Bankherren. Deutschland bedarf dringend der Neubildung von Kapital, ja weit darüber hinaus, als dem bisher erreichten, — heißt es in der Entschließung des Bankertages. Welche Wege sollen zu diesem Ziel führen? Da wird Abzug der Steuern vorgeschlagen und bessere Versteuerung, d. h. Abzug der Kapitalsteuer und Erhöhung der Verbrauchssteuer. Vermögenszuwachsneuer, Verbrauchssteuer, der Abzug vom Kapitalertrag sollen befrüchtet werden.

Damit die derart erleichterte Privatwirtschaft sich ungehemmt entfalten könne, sollen die privaten Betriebe gegen Verdrängung durch die öffentliche Hand geschützt werden.

In den Reaktionen kommt noch deutlicher zum Ausdruck, als in der Entschließung, was die „deutsche Wirtschaft“ wieder erziel-

geradezu mit einer Strafe belegt.“ Eine Steigerung der direkten Steuern sei über der Kapitalbildung schädlich, darum müsse das Ausland ein Einsehen haben, und diese Bestimmungen ändern. Sogar die Hilfe des „Königreiches“ fleht Hagen an, um dem Arbeiter das Geld aus der Tasche ziehen zu lassen!

Dann sprach Jacob Goldschmidt, der Inhaber der Darmstädter Bank, über Entwicklungstendenzen der Wirtschaft. Er zeigte seinen Verger über Edmunda Kochs These vom Ende der „freien Wirtschaft“ und entzückte sich darüber, daß Schulenbach einen großen Teil der deutschen Unternehmen, keinen gesetzlichen Schutz für die Arbeiter. Hilflos war die Arbeiterklasse der brutalen Profitgier des Kapitals preisgegeben. Kinderarbeit im zarten Lebensalter war an der Tagesordnung, die Arbeitszeit endlos, sie betrug bis zu 18 Stunden. Die Arbeiter waren Lohnarbeiter in des Wortes wahrster Bedeutung.

Die Nationalisierung kann mit dem Beginn dieser Periode, die die Dampfmaschine brachte, verglichen werden, meine Gittine, und gerade so gut, wie es unmöglich war, die Einführung der Maschine an zu verhindern, so ist es heute unmöglich, die Nationalisierung zu unterstreichen. Was ist da zu tun? Sollen die Gewerkschaften die Hände in den Schoß legen? Nein! Wir haben die Forderung nach dem Arbeiterschutzrecht in Betrieb und Produktivität erhöhen und sind entschlossen, durch unsere Politik das gesetzte Ziel zu verwirklichen.

Beinahe komisch wird Goldschmidt, wenn er von der Zukunft der Wirtschaft redet: „Die Verantwortung für den Kampf der Bereitstellung des kapitalistischen durch ein sozialistisches Wirtschaftssystems erfüllt, kann heute von niemand getragen werden.“ Wirklich? Die Gewerkschaften haben sich erst in Hamburg an dieser Verantwortung bereit erklärt — aber sind die Gewerkschaften vielleicht niemand?

Der Kapitalismus darf also nicht angestrebt werden, aber auch Goldschmidt betrachtet den Kapitalismus nicht als das endgültige Wirtschaftssystem. Sicherbar ist es richtig, gar nichts anzustreben, und die Dinge kommen zu lassen, wie sie wollen.

Auch der Reichswirtschaftsminister Curtius, der auch am Hamburger Gewerkschaftskongress teilgenommen hatte, hat auf der Bankertagung gesprochen. Curtius war der Meinung, daß die Kapitalbildung jetzt schon größer sei, als man erwarten konnte, daß sie aber noch nicht ausgereift sei. Das heißt doch, daß aus der Arbeiterschaft schon mehr herausgeholt wurde, als selbst Unternehmer erwarteten, daß aber noch mehr herausgeholt werden soll. Curtius betrachtet die Veröffentlichung von Kapital und Arbeit als Kaufmännerarbeit. Eine Veröffentlichung auf Kosten der Arbeit? Die Arbeiterschaft wird nicht die Arbeit aufreihen, wenn sie mit dem Kapital siegen, denn die Unternehmer meinen, und auch nicht auf ihre Gaben verzichten: daß lies der Gewerkschaftskongress in Hamburg deutlich genug erkennen. G. H.

Die Wirtschaftslage Anfang September.

Die Abschwächungserscheinungen machen sich allgemein in der deutschen Wirtschaft bemerkbar. Dennoch ist der Rückgang der Konjunktur im Monat August nur verhältnismäßig wenig fortgeschritten. Der weitere Rückgang der Produktionsfähigkeit erüttelt sich hauptsächlich auf einige Industriezweige, wovon besonders die Textilindustrie betroffen wird. Daneben gibt es Industriezweige, die recht beschäftigt sind und auch über nennenswerte Aufträge verfügen. Zu nennen sind hier die Fahrzeugindustrie, die Kunstseidenindustrie, der Kalibergbau, die chemische Industrie, die Stahlrohrzeugung, Zellstoff- und Papierindustrie, Elektroindustrie, die Spielwarenindustrie und andere. Die Eisen- und Ziehindustrie sowie der Maschinenbau werden durch einen günstigen Auslandsabsatz gestützt, wodurch der Ausfall auf dem Inlandsmarkt bis zu einem gewissen Grade weitgehend wird. Die Maschinenindustrie meldet im August einen Rückgang des Beschäftigungsgrades von 1 Prozent. Mit einer weiteren ruhigen Entwicklung für die nächste Zeit wird gerechnet. Man hofft sehr große Hoffnungen an den Ausfall der diesjährigen Ernte. Wenn auch die günstigen Nachrichten nicht in allen Gebieten Deutschlands gleich laufen, so ist doch mit einer guten Witterung zu rechnen. Hat dies der Fall, so wird sich eine Verstärkung der Konjunktur bemerkbar machen und eine gewisse Entlastung der Einfuhr eingetragen. Allerdings wird sich durch die saisonalen Einflüsse ein Rückgang des Beschäftigungsgrades in der nächsten Zeit bemerkbar machen. Die Arbeitslosigkeit wird zunehmen. Zumerken ist es bemerkenswert, daß der Rückgang der Konjunktur sich ohne fiesenhafe Störungen vollzieht. Diese Tatsache kann man auf vielen Gebieten beobachten. Sie bringt die arbeitsähnliche Arbeit der Wechselpiloten im April dieses Jahres auf, im Mai 203, im Juni 200 und im Juli 275. Ein günstiges Bild zeigt der Geldmarkt. Im August ist eine ziemliche Entlastung der Reichsbank eingetreten, trotzdem im Rahmenhara mit der Finanzierung der Ernte und des herbstlichen Warengetriebs eine Versteifung des Geldmarktes erwartet wurde. Die Flüssigkeit am Geldmarkt trägt zur Wilderung der Kärtze bei. Störend wirkt nur das drohende Gepein der Taxizölle bei. Störend wirkt die Arbeitsähnlichkeit der Reichsbahn. Wenn diese am 1. Oktober in Kraft tritt, so sind außergewöhnliche Störungen der Wirtschaftslage nicht auszuschließen, weil Preiserhöhungen einer Brachienversteuerung zu folgen scheinen. Rücksichtlich jedoch der Großereignisse eine Erhöhung der Eisenpreise an. Bringt die Brachienversteuerung derartige Auswirkungen mit sich, dann würde dadurch jede Hoffnung auf eine vorläufige Verbesserung der Wirtschaftslage zerstört. Da ihrem Leid Wirtschaftsbericht kennzeichnet die Dresdener Bank die Lage der Wirtschaft zum Schluß folgendermaßen: „Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß sich die in unserem vorigen Bericht aufgestellte Vermutung zu bestätigen scheint, daß die deutsche Wirtschaft bereits in diesen Konjunkturzyklus eingetreten ist, in der die frischen Kosten Spannungen des Wirtschaftsorganismus sich lösen und ihre weitere Abwendung unter einer zunehmenden Erholung vor sich geht, wobei das nächstjährige Wirtschaftsvolumen immer mehr Geld und Kapital freimacht, bis nach Erreichung des Höchststandes die geld- und kapitalmäßige Grundlage für den Aufstieg wieder gegeben wird.“

Wir lassen unsere übliche Zusammenstellung über die einzelnen Wirtschaftszweige folgen:

Im Rohstoffbergbau sind zunehmende Betriebsbeschränkungen und Stilllegungen zu bemerken. Der Inlandsabsatz ist rückläufig. Der Beschäftigungsgrad der Eisen- und Stahlindustrie ist bei fast nicht verschlechtert; der Absatz ist nachlassend. Die Maschinenindustrie ist zumeist befriedigend beschäftigt. Der Inlandsabsatz hat sich leicht abgeschwächt, ist jedoch für einige Spezialwege unverändert geblieben. Der Beschäftigungsgrad der Metallwarenindustrie ist im allgemeinen weiter befriedigend; der Absatz jedoch nachlassend. Die Edelmetallindustrie ist gründlich noch nicht befriedigt. Der Absatz hat sich verschlechtert, ist aber noch befriedigend. Der Beschaffungsgrad der Automobilindustrie ist weiter überwiegend befriedigend, der Inlandsabsatz ebenfalls. Die Fahrzeugindustrie ist nicht befriedigend und der Absatz ungerechtfertigt. Der Weißblechabsatz ist gut, der Blechverarbeitung wiederholt geblieben. Die Eisenpreise am Markt zeigen eine gewisse Erhöhung der Eisenpreise an. Bringt die Brachienversteuerung derartige Auswirkungen mit sich, dann würde dadurch jede Hoffnung auf eine vorläufige Verbesserung der Wirtschaftslage zerstört. Da ihrem Leid Wirtschaftsbericht kennzeichnet die Dresdener Bank die Lage der Wirtschaft zum Schluß folgendermaßen: „Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß sich die in unserem vorigen Bericht aufgestellte Vermutung zu bestätigen scheint, daß die deutsche Wirtschaft bereits in diesen Konjunkturzyklus eingetreten ist, in der die frischen Kosten Spannungen des Wirtschaftsorganismus sich lösen und ihre weitere Abwendung unter einer zunehmenden Erholung vor sich geht, wobei das nächstjährige Wirtschaftsvolumen immer mehr Geld und Kapital freimacht, bis nach Erreichung des Höchststandes die geld- und kapitalmäßige Grundlage für den Aufstieg wieder gegeben wird.“

Wir lassen unsere übliche Zusammenstellung über die einzelnen Wirtschaftszweige folgen:

Im Rohstoffbergbau sind zunehmende Betriebsbeschränkungen und Stilllegungen zu bemerken. Der Inlandsabsatz ist rückläufig. Der Beschäftigungsgrad der Automobilindustrie ist bei fast nicht verschlechtert; der Absatz ist nachlassend. Die Maschinenindustrie ist zumeist befriedigend beschäftigt. Der Inlandsabsatz hat sich leicht abgeschwächt, ist jedoch für einige Spezialwege unverändert geblieben. Der Beschaffungsgrad der Metallwarenindustrie ist im allgemeinen weiter befriedigend; der Absatz jedoch nachlassend. Die Edelmetallindustrie ist gründlich noch nicht befriedigt. Der Absatz hat sich verschlechtert, ist aber noch befriedigend. Der Beschaffungsgrad der Automobilindustrie ist weiter überwiegend befriedigend, der Inlandsabsatz ebenfalls. Die Fahrzeugindustrie ist nicht befriedigend und der Absatz ungerechtfertigt. Die Weißblechabsatz ist gut, der Blechverarbeitung wiederholt geblieben. Die Eisenpreise am Markt zeigen eine gewisse Erhöhung der Eisenpreise an. Bringt die Brachienversteuerung derartige Auswirkungen mit sich, dann würde dadurch jede Hoffnung auf eine vorläufige Verbesserung der Wirtschaftslage zerstört. Da ihrem Leid Wirtschaftsbericht kennzeichnet die Dresdener Bank die Lage der Wirtschaft zum Schluß folgendermaßen: „Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß sich die in unserem vorigen Bericht aufgestellte Vermutung zu bestätigen scheint, daß die deutsche Wirtschaft bereits in diesen Konjunkturzyklus eingetreten ist, in der die frischen Kosten Spannungen des Wirtschaftsorganismus sich lösen und ihre weitere Abwendung unter einer zunehmenden Erholung vor sich geht, wobei das nächstjährige Wirtschaftsvolumen immer mehr Geld und Kapital freimacht, bis nach Erreichung des Höchststandes die geld- und kapitalmäßige Grundlage für den Aufstieg wieder gegeben wird.“

sich weiterhin verschlechtert. Die Beinen in Industrie muß beträchtlich eingeschränkt arbeiten, der Absatz ist still. Die Industrie ist jetzt befriedigend beschäftigt; der Absatz ist verhältnismäßig günstig. Einem unbefriedigenden Beschäftigungsgrad und einem mäßigen Absatz hat die Gewerbeindustrie sich verzeichen. Die Konfektion hat einen unbefriedigenden Beschäftigungsgrad und einen unzureichenden Absatz. Der Beschäftigungsgrad der Schuhindustrie hat sich stellenweise etwas gebessert; der Inlandsabsatz ist etwas belebt. Die chemische Industrie ist weiter günstig beschäftigt und hat einen befriedigenden Absatz. Der Beschäftigungsgrad sowie der Absatz der Metallindustrie sind gut. Die Spielwarenindustrie hat in der Beschäftigung eine beträchtliche, zum Teil das Saisonmässig zu erwartende Maß überschreitende Besserung zu verzeichnen. Auch ist der Inlandsmarkt etwas belebt. Die Schokolade- und Zuckerwarenfabriken haben im Durchschnitt einen befriedigenden und saisonmässig belebten Beschäftigungsgrad und einen im ganzen befriedigenden Absatz zu verzeichnen. Die Brauereien haben jenerhin einen guten Beschäftigungsgrad und Inlandsabsatz.

15. Ausschusssitzung des ADGB.

Am 1. September trat der Bundesausschuss in Hamburg zu seiner 15. Tagung zusammen.

Leipart teilte zu Beginn der Sitzung mit, daß die Zentralstelle für Unfallverhütung beim Verband der Deutschen Gewerkschaften im Jahre 1929 eine Reichs-Unfallverhütungswache veranstalten will. Es wird besonderen Wert auf die Beteiligung der Gewerkschaften gelegt.

Die Unfallverhütungspropaganda soll durch die Presse, durch Vorträge, Lichtbild- und Filmdurchführungen betrieben werden. Auch der Rundfunk wird in den Dienst der Sache gestellt werden. Mit besonderem Nachdruck wird die Bedeutung unschwerharter Maßnahmen in den Schulen und Jugendabteilungen der Gewerkschaften zu behandeln sein. Auch gewerkschaftliche Maßnahmen sowie die Bekämpfung der Berufskrankheiten wird das noch in Vorbereitung befindliche Programm umfassen.

Im Hinblick auf die große Zahl der Arbeitsopfer empfahl Leipart die während der Arbeitswoche einzuhaltenden Veranstaaltungen in vollem Maße zu unterstützen.

Der Bundesausschuss schloss sich einstimmig diesem Vorschlag an.

Der Bundesausschuss nahm ferner einstimmig eine Entschließung gegen die Verlängerung der Lehrzeit an, die von der Konferenz der Jugendleiter vorgeschlagen worden war, die am 18. Juli in Lübeck stattgefunden hat.

Seit einiger Zeit sind in verschiedenen Berufen die Organisationen des Handwerks bestrebt, die Lehrzeit, so weit sie noch nicht die gesetzliche Höchstdauer von 4 Jahren erreicht hat, zu verlängern.

Der Bundesausschuss des ADGB lehnt diese Bestrebungen als höchst nicht gerechtfertigt ganz entschieden ab und erwartet von den gewerkschaftlichen Mitgliedern der Gesellen aus schüsse der Innungen und Handwerkstümern, daß sie gegen Beschlüsse der Innungen und Handwerkstümern zur Verlängerung der Lehrzeit Einspruch bei den Aufsichtsbehörden erheben. Von den Aufsichtsbehörden fordern die Gewerkschaften, daß sie solchen Beschlüssen ihre Zustimmung versagen.

25jähriges Zahlstellen-Jubiläum.

Am 18. August, abends 8 Uhr, fanden sich viele Mitglieder und Freunde der Zahlstelle Lettau Fabrikarbeiterverbänden in den Lokalitäten von Bergner Alexanderhütte ein, um das 25jährige Bestehen der Zahlstelle Alexanderhütte-Lettau (Glassarbeiter) zu feiern. Nach einer Darbietung der Arbeitersängervereinigung Lettau sowie des Musikvereins Schauberg, hielt der Kollege Müller (Langenau) die Ansprachen, darunter das Gründungsmitglied und jetzige Gauleiter Paul Bülle-Dressen und die Kollegen Gauleiter Michael Dirschler (Fürth) und Karl Müller (Kreisvorstandesmitglied) aus Nürnberg herzlich willkommen. Die Festansprache hielt Kollege Bülle:

Er führte u. a. aus: Wenn wir uns heute nach 25 Jahren in diesem historischen Winde zusammengefunden haben, so nicht deshalb, damit wir uns einander wieder einmal sehen, sondern um Rückblick zu halten, wie es vor 25 Jahren hier ausschaut und was sich während der Zeit hier änderte. Als ich vor 25 Jahren hier in Alexanderhütte als Schleifer bei der Firma F. A. Heinz u. Sohn bestellt war, bestanden sehr traurige und bedrückende Verhältnisse für die Arbeiterschaft. Von morgens 3 Uhr bis abends 8 und 10 Uhr mußte geschuftet werden zu einem ganz erstaunlichen Rhythmus. Man sah ein, daß unter diesen Bedingungen eine Arbeitserfolg unträglich aber auch untragbar für die Arbeiterschaft war. Es sollte nun eine Zahlstelle errichtet werden im ehemaligen Glassarbeiterverbund, um unter dem Druck der Organisation die schlechten Verhältnisse zu überwinden. Ich bemerkte sofort, daß ich nicht allein den Gedanken zur Organisation in mir trug, sondern ich fand sofort einen Teil Kollegen, die ja heute hier unten sahen und mit uns den Tag als Gründungsmitglieder feierten. Einige davon erkennen ich noch. Unsere Zusammenkünfte mußten wir geheim abhalten, um die wichtigsten Organisationsverschläge zu behandeln. Als der Glasbüttenbesitzer Heinz vor der Gründung der Zahlstelle erfuhr, wurde ich entlassen. An einem Sonntag, als ich meinen Kollegen, weil ich abtreten mußte, die Organisationssaturation in meinem Zimmer (Haushaltungsräumung) übergeben wollte, kam Heinz mit einem Stock und bat mich aus dem Zimmer zu legen. Darauf sind wir nach Kleinleton gegangen und haben uns mit einem Stearinlicht in einige Meter Abstand geholt, wo wir ein Polizei darüberwachten, um andere Türe zu erleidet. Nicht lange darauf las ich in "Stadtchronik", daß in Alexanderhütte die Organisation verhaftet. Der erste Streif war 1907. Dem folgten noch weitere Streife von 13 bis 22 Wochen Dauer. Was hielt die Kollegen und kompromittiert deren Frauen für Opfermut aufrecht? Das war verdächtig nicht zu finden. Aus all den Schikanen heraus entstand dann im Jahre 1911–1912 die "Gedenkplatte". Sie wurde. Die Plakette wurde gedaut, um den jugendlichen Arbeitern im Betrieb zu zeigen, daß die Arbeiter nicht auf sie angewiesen sind. Der Tag, der hier gegenstand wurde, zeigte Früchte. Denn schon im Jahre 1912 kauften die Gewerkschaften einen Betrieb. Die Entwicklung dieser Plakette ging vorwärts. Nun kam der eigentliche Aufstieg in Alexanderhütte. Im Jahre 1925 schaffte die Plakette bei mir im Betrieb arbeitete, zunächst. Die Plakette wurde im Jahre 1925 von der Gewerkschaft übernommen. Es wurde über den Unternehmern im Betrieb gefordert, daß mit der Arbeiterschaft kein Spielball gemacht werden darf, dann anfangen kleinen Gewerkschaften rückt dies auf.

Es gab auch einige Berichte die Jagd. Wenn sich die heutige Plakette die Jagdhörte betrachtet, so mag sie begreifen, daß diese Art der Organisation ist, sie aufzuhören. Wir wollen der Jagd bei Jagd nicht verbieten, aber wir würden und können, daß die Jagd die gewerkschaftliche Organisation ist, wenn sie und keine Kampfpartei werden. Wir halten immer noch an dem alten Sprichwort fest. Wer die Jagd hat, hat auch die Jagd. Diese Jagd in den Arbeitgeberverbänden, das ist für alle Gewerkschaften der Jagd, und Arbeitgebergegenangriff fortsetzt.

Dann erkannte Gallus Müller das freudvollsten Kollegen aus Gallus, der sich mit seinen Freunden mit dem Konservativen Betrieb aufhielt. Zur Freude der Freunde rückte sich die Teilnehmer

mer von den Blößen. Kollege Dirschler ehrt die Jubilare und sagt: 25 Jahre sind vergangen, seitdem hier in diesem Sibirien die Organisation bei den Glasarbeitern Fuß fasste. Wenn ich im Saale einen Tisch mit Blumen geschmückt sehe, so müßten in jeder Vase 25 Blumen sein und eine lebende Blume müßte von einem Jahr Kampf berichten, dann könnten wir alle erfahren, was 25 Jahre gewerkschaftlicher Kampf zu bedeuten haben. Der Kollege Bülle hat Recht, wenn er sagt: Was dieses Volkshaus hier oben gelitten hat, hat weit und breit kein Volk mehr gelitten. Ich als Gauleiter habe alle Kämpfe, die hier oben geführt wurden, mitgemacht, und ich weiß, wie schwer mit den Unternehmern in diesem Bezirk zu verhandeln war. Wollen wir aber an dem heutigen Tage alle diese französischen Stunden und Wochen vergessen und uns mit unseren Jubilaren, die noch vorhanden sind, freuen über ihre Treue und ihr Pflichtbewußtsein, die sie der Organisation bis heute gehabt haben. Unfeind sind von ihnen noch die Kollegen: Schmidt, Alfred, Reck, Albin, Ritter, Georg, Volt, Karl, Volt, Eduard, Heinrich, Robert, Heinrich, August, Heinrich, Fritz, Apel, Hildebrand, Max, August, August, Heinrich. Als Gruß erhielt jeder Jubilar ein Diplom, das Dirschler jedem einzeln mit Handdruck und Name überreichte.

Als letzter sprach unser treubewährter Kollege Karl Müller vom Hauptvorstand, Hannover, zum Wort. Müller erwähnte: Als der Hauptvorstand die Einladung zu dem Jubiläumsefest erhielt, erachtete er es als seine Pflicht, einen Vertreter nach hier zu entsenden. Er will damit dokumentieren, die innere Verbundenheit mit den alten Vätern und Gründern der Zahlstelle. Hauptvorstand und er am 15. September zum Bund übermittelte die besten Grüße und Glückwünsche.

25 Jahre Zahlstelle, 25 Jahre ununterbrochenes Organisieren heißt ein Vierteljahrhundert Kampf gegen das Unternehmertum, gegen alle Widerstände im Leben, Kampf für menschliches Wohlergehen. Die Zahlstelle besteht fast nur aus Glas- und Porzellanarbeitern der ehemaligen selbständigen Verbandsverbände. Fast zu gleicher Zeit ist für beide Industriearbeiter die Zahlstelle gegründet worden. Und wenn heute Arbeitnehmer beider Industriearbeiter vereinigt sind im Deutschen Bund als Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter, so sind sie einen in der Entwicklung liegenden notwendigen Weg gegangen. Für die Kämpfe der Glasarbeiter gegen die Unternehmer ist Tettau eine historische Stätte. Die Kämpfe und Streiks von 18 bis 20-jähriger Dauer brachten die hiesigen Glasarbeiter auf den Gedanken der Genossenschaftshütte. Sie besteht heute noch. Sie ist nicht unser Ideal, schafft aber bei ihrer Gründung Freiheit gegen Arbeitgeber am Ort. Eine bestehende Wirtschafts- und Geschäftsförderung ist damit nicht umzuwerfen. Dazu gehört die Erweiterung der wirtschaftlichen und politischen Macht. Das Erkennen der Klassenlage der Arbeiterschaft und deren Organisierung in unserem Verband, in der freien Gewerkschaft ist eine Notwendigkeit. Das Mitbestimmungsrecht im Produktionsprozeß erstreben wir. Wir wollen teilnehmen an den Gütern menschlicher Kultur. Die Sorge nach Nahrung und Wohnung muß verschwinden. Bei den Gründern der Zahlstelle und den Jubilaren unseres Verbandes stehen unsere Forderungen und Ideale im Herzen geschrieben. Wenn sie nicht mehr sein werden, muß auf der Fahne der jungen Generation in leuchtenden Lettern stehen: Und das ist das Herrliche, Große in der Welt, daß Baner bleibt stehen, wenn der Mann auch fällt."

Zum Schluss sei noch der Arbeitersängervereinigung Tettau, dem Musikverein Schauberg, sowie dem Gesangverein Alexanderhütte für ihre Mitwirkung Dank gesagt. Christian Müller, Langenau.

Obreinbuch.

Grauenhafte Arbeitsverhältnisse enthüllte ein Prozeß vor dem Amtsgericht Stadtamhof. Angeklagt war der Werkbesitzer F. A. Ring von Obreinbuch wegen Vergebens gegen das Arbeiterschutzgesetz, und zwar weil er in seinem Betrieb 16 bis 18 Stunden hat arbeiten lassen. Hierfür hatte er auf Anzeige der Gendarmerie Uetersen hin einen Strafbefehl in Höhe von 30 RM oder drei Tagen Gefängnis auf sich erlassen. Da er gegen diesen Einspruch erhob, kam es zur Verhandlung. Interessant war zunächst das Verhör des Angeklagten, er suchte sich auf jede Art möglichste Weise von der Verantwortung zu drücken. Zunächst behauptete er, er sei selbst bloß Arbeiter und habe im Betrieb weiter nichts zu sagen gehabt. Aber die Eigentumsverhältnisse bestreit, gab er an, der Betrieb gehöre seinen beiden Brüdern und sei verpachtet an die Firma Hirsh in Fürth. Der weiteren Frage, wer denn der verantwortliche Betriebsleiter sei, versuchte er mit allen möglichen Ausflüchten zu begegnen. Schließlich musste er aber doch zugeben, daß er „an und für sich“ doch dazu da sei, die Firma schade das Geld und er zahle dann den Lohn aus. Ebenso vermittelte er den Bericht zwischen den Arbeitern und der Firma. In Hengenbach stellte sich dann weiter heraus, daß er auch Arbeiter entließ oder einstellte. Für die Arbeitsverhältnisse aber wollte Ring nicht verantwortlich sein, da die selben auf einem Tarifvertrag mit der Fa. Hirsh beruhen sollten. Auch habe er auf die Arbeitszeit gar keinen Einfluß, er sei machtlos dagegen, wenn sich die Arbeiter länger im Betrieb aufzuhalten. Nach seiner Schilderung mußte es einem so vorkommen, als ob die Arbeiter nichts Schöneres auf der Welt fänden, als Tag und Nacht in dem städtischen Betrieb herumzulaufen. Die Arbeit sei mit der in anderen Industriebetrieben nicht zu vergleichen. Nach einer Stunde Tätigkeit müßte man mit einer Stunde und mehr aussehen und in Bereitschaft bleiben. Dann sei es auch Heimarbeit, für die es keine bestimmte Arbeitszeit gebe. Das sei schon seit hundert Jahren so und genau so wie früher werde die Arbeitszeit in allen Glaspolierwerkstätten ständig überschritten. Als Ring vom Richter darauf aufmerksam gemacht wurde, daß im Arbeitszeitgesetz alle diesbezüglichen Eigenarten der Berufssarbeit berücksichtigt und eine Höchstarbeitszeit, die Arbeitsbereitschaft mit eingerechnet, von höchstens 12 Stunden vorgeschrieben sei, meinte er, er könne doch die Arbeiter, wenn sie länger im Betrieb blieben, nicht hinauswerfen.

Im Hengenbach war somit dann das Arbeitsverhältnis in seiner Schönheit noch besser in Erscheinung. Auf den Hauptzeugen, Glasmeister Georg Diestl, scheinen starke Einflüsse eingegangen zu haben, ant widerwillig kam er mit der Sprache heraus, was so auffällig, daß sich der Staatsanwalt veranlaßt sah, fragen, ob er Angst habe, mit der Wahrheit herauszurücken, ob er etwa fürchten habe, entlassen zu werden. Erst auf dringendes Fragen des Richters, gab er an, daß er zweistündige Nacht im Betrieb und später 16 bis 17 Stunden tätig gewesen sei. Direkte Arbeit habe er dabei täglich „nicht viel mehr“ als 12 Stunden geleistet. Auf die verwunderte Frage des Richters, wann dann der Zeuge ins Bett gegangen sei, antwortete der Angeklagte anstelle des Zeugen, die Arbeit sei gewöhnlich in der Woche überhaupt nicht in den Betrieb, da das Geschehe durch den ihnen hostierende Polizist doch nur verhindert. Sie schliefen zwischen Betrieb und während der Bereitschaft direkt bei der Arbeit. Nur am Schluß der Woche würden sie sich waschen und schlafen dann über Sonntag im Bett.

Ein weiterer Zeuge, ein 68 Jahre alter Arbeiter, gab gleichfalls an, daß auf die Arbeitszeit keine Rücksicht genommen worden sei. Der Betriebsleiter Anna habe aber nie darauf aufmerksam gemacht, daß die Arbeitszeit eingehalten werden müsse. Er wußte auf Betragen zugeben, daß es erst so sei, seitdem Anna das Werkstatt führt. Früher sei sie länger als 12 Stunden im Betrieb gearbeitet worden.

Der Staatsanwalt hält die Schuld des Angeklagten für erheblich, er wußt darauf hin, daß im Höchstfall zehn Stunden gestattet seien. Der Angeklagte, der sich vor der Verantwortung zu drücken verucht habe, habe er 16 bis 18 Stunden bei einer mittleren Arbeitsleistung von mehr als 12 Stunden arbeiten lassen, er berichtete, die Strafe des Strafbeamten entrichtet zu erhalten.

Das Urteil einer noch darüber hinausgehenden Untersuchung verurteilte den Freize Ring zu 40 RM Geldstrafe oder vier

Tage Gefängnis. Die Strafe sei noch miss ausgeschlagen, da Ring nicht vorbestraft sei. Sonst hätte er Gefängnis bis zu 6 Monaten zu erwarten gehabt. Er geißelte die Überarbeit-Wirtschaft und erklärte, daß er auch das Hinterpfötchen für ihn nicht zulassen könne, daß die Arbeiter freiwillig so lange gearbeitet hätten. Seine Pflicht als Werkbesitzer sei gewesen, die terroristisch festgehaltene Arbeitszeit einzuhalten. Das habe er nicht getan und deshalb müsse er bestraft werden.

Tschechoslowakei.

Die Maschinenfabriksglasindustrie hat einen zufriedenstellenden Beschäftigungsgrad aufzuweisen. Die Tafelglaspreise wurden vor einigen Wochen um 6 Proz. erhöht und wirkt die Preislagen für den Inlandsmarkt drückend. Bei einer bestehenden Fourcault-Glasfabrik wurde der Betrieb durch Ausbau eines neuen Wannenofens mit 9 Ziehmaschinen System Fourcault erweitert. Im Lande sind 65 Glasziehmaschinen im Betrieb, welche mit einer monatlichen Produktionskapazität von 1,3 Millionen Quadratmeter Tafelglas arbeiten. Diese außerordentliche Produktionsmenge an Tafelglas wird in großer Zukunft zur Werbungsfähigkeit des Auslandes preisdrückend wirken und die hohen Zollsäfte des Auslandes zu Preiskonkurrenz zwingen. Der Export ist infolge des hohen Schutzakkords und in Folge Errichtung hoherstandiger Glasziehanlagen im Rückgang begriffen. Eine Veränderung der Gesamtlage in der tschechoslowakischen Tafelglasindustrie ist unter den gegebenen Verhältnissen zu erwarten. Die Exportausfuhr wird die Wettbewerbsfähigkeit wie in den Vorjahren nicht mehr erreichen, die Lagerbestände, welche heute schon in minderer Qualität eine anscheinliche Zahl an Quadratmeter erreichen, werden einen mengenmäßigen Umlauf annehmen, und die Stilllegung der Betriebe ist für die Umfangsziehung dieser Tendenz in die Tat gebracht, denn die Wirkung der Auslandsindustrie wird sich auf dem Weltmarkt deutlich machen.

Langewiesen.

Die der Deutschen Dewarflaschen-Gesellschaft gehörige Glasfabrik in Langewiesen i. Thür. ist von einem Schadenfeuer betroffen worden. In der Schmelze hatte es auf ungewöhnliche Weise Gas entwickelt. Es entstand eine Explosion, durch die das Dach der Hütte in Brand geriet. Das Hüttendach und der Kohlenlagerraum brannten völlig nieder. Der Betrieb geht in beschränktem Umfang weiter. Die Hütte ist erst nach dem Kriege genommen, immerhin hat es dort schon viermal gebrannt.

Großrätschen.

Wir weisen darauf hin, daß sich der Arbeitsnachweis in den Händen des Kol. Wilh. Brauer, Bahnhofstr. 10, befindet. Arbeitssuchende Kollegen werden gebeten, dieses unbedingt zu beachten, andernfalls ne die evtl. Folgen selbst zu tragen haben.

Die Ortsgruppenleitung.

Die Kahla A.-G.

Betrachtungen zu ihrer Bilanz von 1927.

W. Martin, Hermisdorf (Thür.).

Vor etwa 2 Jahren nahmen wir Gelegenheit, die Bilanz der bekannten Porzellanfabrikationsgesellschaft Kahla einer Kritik zu unterziehen. Der Zweck der Kritik war, aufzudecken, was in ihr und was noch in ihr. Die Entwicklung der letzten 2 Jahre hat uns recht gegeben. Was wir damals andeuteten, ist eingetreten, zum Teil noch weit überholt worden. Wenn wir nun zu der Bilanz 1927 eine Betrachtung anstellen, so muß von vornherein gefragt werden, daß eine Vergleichung mit früheren Kahla-Bilanzen hinken wird, weil diese Aktiengesellschaft nicht mehr Kahla allein ist. Die Fusionierung hat recht große Schwierigkeiten vollzogen. Während der Fusionvertrag mit Schomburg A.-G. aus 99 Jahr abgeschlossen war, hatte man glücklich spekuliert und die Minen soviel gelegt, daß der Vertrag knapp den anwanzigsten Teil seiner Laufdauer erreichte. Heute ist Schomburg A.-G. in Kahla aufgegangen, ohne daß Kahla sein Aktienkapital zu erhöhen brauchte. Darüber hinaus gehört Schönwald A.-G. in Schönwald mit zur Kahla A.-G. Diese Firmen haben Betriebe in Schönwald und Urzberg mit zusammen 40 Rundöfen und stellen damit einen beachtlichen Produktionsapparat dar. Weitere Zusammenfusionsversuche sind im Gange, über die wir ansonst nichts berichten werden. Wenn ein Vergleich mit früheren Kahla-Bilanzen nicht gut möglich ist, so kann man aber trotzdem aus der gegenwärtigen Bilanz einige Schlüsse ziehen, die im Interesse der Porzellanarbeiterchaft Beachtung verdienen dürften.

Die Bilanz schließt mit über 21 Millionen ab. Sehen wir uns die

Altida

etwas näher an, so finden wir eine Steigerung des Grundstückontos um das Doppelte, der als Fusionzugang ausgewiesen ist. Der Zugang des Gebäudeontos durch die Fusionierung beträgt 1925 379 RM und hat damit eine Höhe von 5.001.000 RM erreicht. Der betriebsnotwendige Zugang von 116.000 RM ist durch die Abschreibung von 111.000 RM annähernd ausgeglichen worden. Das Beamten- und Arbeiterwohnbaukontor hat sich ebenfalls verdoppelt und weist heute 916.801 RM aus. Die Steigerung des Dienstkontos von 323.000 RM auf 249.497 RM sowie des Maschinenontos von 825.550 RM auf 1.422.160 RM werden ebenfalls auf die Vermehrung mit den vorgenommenen früheren Firmen zurückgeführt. Ein gleich ähnliches Verhältnis weisen die nachfolgenden Konten auf: Elektrische Anlage von 57.913 RM auf 120.533 RM, Heizungs- und Wasserleitungskonten von 123.237 RM auf 161.516 RM und ähnlichlich das Geräte-, Fuhrwerk- und Gleisanlagenonto von 14.000 RM auf 30.475 RM.

Interessant ist das Konto „Wertpapiere und Beteiligungen“, denn hier wird im Geschäftsbericht der Kahla A.-G. ausdrücklich bemerkt, daß die Durchführung der Fusionen aus rechtlichen Aktienbeständen vorgenommen werden konnte. Eine Kapitalabschaltung war nicht notwendig. Wenn man sich solche großen Reserven vorbanden gewesen sei, daß wir der Direktion gern Gläubera schenken, wenn sie berichtet, daß Waren, Vorräte, Beteiligungen und Aktienstände recht „vorsichtig“ bewertet seien. Vor zwei Jahren haben wir ja ausdrücklich das Waren- und Vorrätekonto als das Objekt bezeichnet, bei dem ein massenhaft Reserven unterzubringen sind. Auch bei der 1927er Bilanz achteten wir uns wiederum den Hinweis, daß die Bewertung der Waren und Vorräte, die mit 4.235.144 RM ausgewiesen werden, nicht einer großkapitalistischen Nachprüfung standhalten können. Der Maßstab einer Konsumvereinsbank, angelegt, und man müßte zweifellos diesen Aktivbetrag revidieren. Das Hypothekenkonto tritt mit seinen 23.770 RM kaum in Erscheinung.

Die Passiva

meist zunächst das bisherige Aktienkapital von 9.093.000 Reichsmark aus. In der letzten Generalversammlung hat man die Vorzugsaktien wieder mehr Stimmrecht eingeräumt. Das Reservekonto hat man nun glücklich auf 10 Proz. Höhe des Kapitals gebracht, und stolz prahlte er mit 900.300 RM in der Bilanz. Ein aufgewertetes Obligationen werden 17.712 RM gegeben. Das Hypothekenkonto bei sich durch den Kauf von vier fusionierten Betrieben um 456

das für zweckmäßige Rückschlüsse? Es gibt eine Porzellanfabrik in Stolzsch bei Gera, die hieß es für „zweckmäßig“, weil sie 1927 auch einmal mit bestreikt wurde, in ihre Bilanz kostet sie einen Reservekonto II einzurichten, aus dem zukünftige Streitunterstützung für die Firma gezahlt werden soll, weil sie zum ersten Male selbst die Erfahrung lernen durfte, daß ein Streit auch dem Unternehmens schweren Schaden zufügen kann. Unterstellen wir der Kahla, A.-G., auch diese Gedankengänge, dann würde der Betrag von 1863 000 RM überreichlich hoch sein. Das Interimskonto hat einen weitwichtigeren Zweck! Aus dem Konto sollen zwar auch Lüsten, welche die Fusion mit sich bringt, bestritten werden, etwa wie die Weiterzahlung von Gehältern an abgebauten Direktoren und Oberbeamten. Der Hauptzweck des Kontos liegt aber darin, daß man den Boden für weitere, offene und verdeckte Zusammenschlüsse vorbereitet! Schon vor längerer Zeit verwiesen Pressemitteilungen darauf, daß Kahla sich mit Steatit Magnesia, A.-G., zusammen an einer großen englischen Firma beteiligt. Wenn auch der Geschäftsbericht beiderleiweise manches verschweigt, so sind wir doch in der Lage, einiges mehr zu wissen, als der Direction Kahla lieb und angemessen sein dürfte. Die Beteiligung an der englischen Porzellanfabrik mag von dem Wunsche, den Auslandsausstab zu haben, dictiert sein, doch der alleinige Grund ist es nicht. Durch die gemeinschaftliche Beteiligung wird der Versuch gemacht, mit Steatit Magnesia, A.-G., in ein erträgliches Verhältnis zu kommen, um vermittelst des Interimskontos und der Diskontobank die Fusion mit den auswärtig strebenden Steatit Magnesia, A.-G., vorzubereiten. Während man 1922 in der Lage war, 80 Proz. des Hochspannungsmarktes zu beherrschen, hat die Produktionsquote in den letzten Jahren durch vermehrte Konkurrenz und halbstarke Qualität nachgelassen. Steatit Magnesia hat sich zu einem Kahla gefährlichen Konkurrenten entwickelt, und da ist es selbstverständlich, daß man den Versuch der Annäherung macht — auch wenn es über „Gottstrafe England“ geht. Daß man überhaupt den Willen hat, auf dem elektrotechnischen Porzellangebiet die Konkurrenz auszuhalten, ergibt die Tatsache, daß man auch mit Hertel & Müller, A.-G., in Meuselwitz, in einem freundschaftlichen Verhältnis ist. Meuselwitzer Hochspannungsisolatoren haben mitunter die eigentümliche Ungevölklichkeit, den Transport über Hermendorf zu machen. Nun ist Hermendorf durchaus keine Frachtknotenstation, so daß man auf den Gedanken kommen kann, daß Meuselwitz eine kommende Filiale von Kahla, A.-G., wird. Bekannt ist, daß der Strangenzier, aus dem Kahla hervorgegangen ist, noch eine Anzahl anderer Porzellanfabriken (auch Tonwaren) kontrolliert, so daß ein sehr großer Teil der deutschen Porzellanindustrie in einer Aktiengesellschaft vereinigt ist. Doch man kennt und fusioniert nicht bloß, man kann auch stilllegen und so ist die Wiederkehr der Porzellanfabrik seit Jahr und Tag dem Untergang geweiht. Das Werk bringt nicht genügend ein, also — ebt kapitalistisch — schließt man den Betrieb. Was aus den arbeitslosen Porzellanern werden soll, kündigt eine hohe Direktion und einen wohlködlichen Aussichtsrat seines Teils.

Der bilanzmäßige Gewinn von 937937,43 Reichsmark setzt sich aus einem Gewinnabtrag aus 1926 in Höhe von 290 159 RM und aus 1927 von 647 777 RM zusammen. Wir sagen ausdrücklich „bilanzmäßig“, denn der wirkliche Gewinn ist anders. Schon die Einrichtung des Interimskontos bedeutet Gewinn. Wenn man es nicht hätte, könnte man es nicht einrichten. Die Erhöhung des Reservefonds ist Gewinn. Die Abschreibungen können auch nur mit Hilfe des Gewinns vorgenommen werden. Die „vorsichtige“ Bewertung von Aktienkonten glauben „vorsichtige“ Leute auch als hohen Gewinn betrachten zu können. So hat die Kahla, A.-G., wiederum recht hohe Gewinne gemacht und wir haben gar keine Ursache, uns von der „niedrigen“ Dividende beirren zu lassen. Mancher Wechsel in der Leitung dürfte ungewollt auf die Interessengemeinschaft der Dividendenkapitalisten und der Monopolvereinigungskapitalisten zurückzuführen sein. Werden wir noch einen Blick auf die Gewinn- und Verlustrechnung, dann müssen wir sagen, daß die Direktion und der Aussichtsrat bestrebt sind, keine Rechnung so zu machen, wie möglich zu machen. Wahrscheinlich hat man mit Rücksicht darauf, daß eine Bezeichnung erfolgen könnte, von einer besseren Spezialisierung abweichen. Was besagt das Konto „Sozialen und sozialen Lasten“, was besagt das Konto „Unlasten“? Wieviel soziale Lasten hat die Aktiengesellschaft überhaupt zu tragen? Warum schenkt man sich, spezialisierte Zahlen zu nennen? Weil das ganze Geschrei, sobald man die Lüpe der Kritik ansieht, verstummen wird. Oder will man vermeiden, daß die ausgemachten Porzellaner sich erdreisten, von den Gewinnen in irgend einer Form, sei es auch nur Wohlfahrtsseinrichtungen, Wünsche und Forderungen zu stellen? Kahla kennt heute keine Wohlfahrtsseinrichtungen und gäbe mehr, denn das Unlastenkonto, über das man alles buchen kann und das uns am wadurchsichtigsten erscheint, verschlingt alles. Wir hätten Interesse daran, zu erschrecken, wieviel Renten und sonstige Vergütungen über dieses Konto laufen. Wir hätten auch ein ganz klein wenig Interesse, die Gehälter und Vergütungen der Direktoren, Aufsichtsratsmitglieder und Oberbeamten senken zu lassen, damit wir uns selbst von der Notlage der deutschen Porzellanindustrie überzeugen könnten. Bitte, verehrte Kahla, A.-G., herauß mit dieser Spezialisierung bei der nächsten Bilanz!

Die Abschreibungen sind 587 301,69 RM gemacht worden. Wir glauben, daß der Resten ausreicht, und überdies sind wir überzeugt, daß mancher Zugang das Unlastenkonto gestreift hat.

Und nun ein Wort zur Nationalisierung und Lohnpolitik. Daß Kahla sich amerikanische Produktionsweisen aneignen möchte, wissen wir. Nur machen sie es auf die übliche deutsche Weise verkehrt. Sobald sie einen Arbeitsgang verbessert haben, folgt ein Lohnabzug, der nicht nur die Mehrproduktion ausgleicht, sondern auch maschinelle Einrichtungen amortisiert. Vor längerer Zeit hatten wir in der Tagespresse auf die Elevatoren in dem Hermendorfer Betrieb hingewiesen, wo der Lohnabzug eine Prozentuale Amortisation der Einrichtungsstoffen ausmacht! So steht es in allen Kahla-Betrieben auf. Die Verhältnisse sind kaum noch zu überbieten. Die Einrichtung der „Sozialabteilung“, Leiter Herr Direktor Dr. Bichteler, hat eine übergeordnete Aufgabe in der Person des Spardirektors Herrn Dr. Gossel erhalten, und nun kann die Spindler nach wissenschaftlichen und juristischen Methoden losziehen. Die Produktionsquote ist erheblich größer geworden, aber trotzdem reicht sie bei stark vermindernder Belegschaft nicht für eine durchgängige solle Beschäftigung aus, weil man mit Hilfe der Nationalisierung, und vor allem mit da unten in Süßpreisensteuerung und die Leistungsteigerung jedes einzelnen antreibt, daß wohl bis zu 100 Proz. nicht als in der Vorkriegszeit produziert wird, dafür werden aber die Kolleginnen und Kollegen desto eher körperlich runter sein und auch die Altersgruppe, die wir zur Invalidenversicherung 160 Jahre gern würden, nicht erreichen. Wiederholt hat die Gewerbeaufsicht eingreifen müssen, um die arbeitslosen geundertlichen Nachkommen abzudammen. Die Kahla-Betriebe haben eine Lohnpreisaufstellung und Leitma, die verläuft, trotz verschiedener Arbeitsmethoden und Arbeitsporen und -umgängen. Einheitlichkeit durchsetzen mit dem Ziel, die niedrigsten Stückpreise und höchsten Leistungszahlen als das Normale zu titulieren. Die Kollegenschaft sträubt sich energisch dagegen, und dieser Art Lohnpolitik kann man nur mit gewerkschaftlichen Mitteln begegnen. Das Ziel der Kahla-Direktion, die angedeutete deutsche Porzellanindustrie an zu beherrschern, wird für die Porzellaner ein deutsches China, in der sie nur Kahla darstellen.

Die letztthin beschlossene Kapitalerhöhung von 3 Mill. RM hat zweifellos die Befürchtung, daß Präzisionsverhältnis in der deutschen Porzellanindustrie zwischen Statistik zu verändern.

Wir abweisen nicht daran, daß in den nächsten Jahren Dinge eintreten werden, die auf eine Monopolisierung der Porzellanindustrie hinauslaufen. Dann werden die Porzelliner einen Gegner vor sich haben, der nur in den Schranken gehalten werden kann, wenn alle Kolleginnen und Kollegen gewerkschaftlich und politisch organisiert sind. Bei solchen monopolistischen Herrschaftsformen ist die Erfahrung der Wirtschaftsdemokratie eine ehrne Notwendigkeit. Es genügt nicht, daß wir mittels des Reichstagsvertrages in der Stückpreisgestaltung mitwirken können, darüber hinaus müssen wir in der Betriebsführung einen anderen Ton sagen können, als gegenwärtig das Betriebsrätegesetz zuläßt. Ganz besonders aber müssen wir uns Einfluß auf die Führung der Betriebe und Aktiengesellschaften erklämpfen, wenn eine branchenmäßig monopolistische Herrschaftsstellung des Unternehmertums zu verzeichnen ist. Das ist das gewerkschaftlich-politische Ziel, dem alle unsere Kollegen nachgehen müssen, und mit Hilfe der Wirtschaftsdemokratie werden wir durch unsere Organisation den Einfluß gewinnen, daß wir eine ganze Welt von der kapitalistischen Wirtschaftsweise in eine planmäßige gemeinsame wirtschaftliche Gesellschaftsordnung überführen können. Alle die kleinen sozialen Kämpfe müssen auf die Erreichung dieses Menschheitsziels abgestellt sein, und wir werden dieses Ziel um so eher erreichen, je mehr wir die Unmoralität des privatkapitalistischen Besitzes an Produktionsmitteln propagieren. Porzellanarbeiter! Erkennt die Gefahr, die euch droht, schließt euch im Keramischen Bund, der Abteilung des großen Fabrikarbeiterverbandes, zusammen, strebt gewerkschaftlichen und politischen Zielen nach, dann werden wir es schaffen, daß auch einmal die deutsche Porzellanindustrie eine Abteilung der sozialistischen Gesellschaftsordnung sein wird. Reißt dazu ist sie! An die Arbeit, auf zur Tat! Elberfeld.

Die Kolleginnen auswärts führen immer dieselbe Klage: Hätten wir das gewußt, daß die Verhältnisse so schlecht sind, hätten wir sicherlich keine Arbeit angenommen. Ja, Kolleginnen, wenn ihr euch nicht vorher bei der zuständigen Zahlstelle erkundigt, könnt ihr euch nicht vor Schaden bewahren. Ein Beispiel: Ein Kollege kommt von Frankfurt a. M. nach Elberfeld, ohne sich vorher erkundigt zu haben, wie die Verhältnisse im Emailierwerk Fürthoff & Comb. sind. Nachdem der Kollege drei Wochen gearbeitet hatte, konnte er wieder gehen und mit ihm noch drei andere Männer. Grund: angeblich Betriebsumstellung. Hätte sich der Kollege vorher bei der Zahlstelle erkundigt, wäre er vor Schaden bewahrt geblieben, auch fände es dort nicht vor, daß sich die Kolleginnen unter Lohn anbieten.

Deshalb, ihr Kolleginnen auswärts, wollt ihr irgendwo Arbeit annehmen, erkundigt euch vorher bei der zuständigen Zahlstelle, ihr müßt euch vor Schaden und habt nicht Angst und Verbrüderung.

Aufgang der Lohnbewegungen der Gruppe Grobkeramik im Jahre 1928.

Zu „Keramischen Bund“ ist bereits ein Auszug über die erledigten Lohnbewegungen der Gruppe Grobkeramik im Jahre 1928 gegeben worden, und zwar in Nr. 25 vom 21. Juni 1928. Bis zu dieser Zeit waren 216 Lohnbewegungen als beendet gemeldet worden. Seit dieser Zeit sind wieder eine Anzahl Bewegungen beendet worden, so daß sich die Zahl der abgeschlossenen Lohnbewegungen, welche bei der Branchenleitung gemeldet waren, auf rund 400 erhöht hat. Von diesen 400 Lohnbewegungen betrafen 100 Bezirks-, 64 Orts- und 236 Werkverträge, welche sich insgesamt auf 4303 Betriebe mit 157 095 männlichen und 16 887 weiblichen, also insgesamt 173 982 Beschäftigte erstreckten. Als stärkste Industriegruppe war die Ziegelindustrie mit 135 Bewegungen beteiligt. Von diesen 135 Bewegungen betrafen 51 Bezirks-, 26 Orts- und 58 Werkverträge mit insgesamt 2860 Betrieben, 78 000 männlichen und 9620 weiblichen, insgesamt 87 620 Beschäftigten.

Es folgt der Zahl der Beschäftigten nach der Beimontanindustrie mit 116 Bewegungen (4 Bezirks-, 2 Orts- und 25 Werkverträge) mit 19 507 männlichen, 294 weiblichen, insgesamt 19 791 Beschäftigten. Die nächststärkste Gruppe nach der Zahl der Beschäftigten ist die keramische Industrie mit 21 Bewegungen (8 Bezirks-, 3 Orts- und 20 Werkverträge). Beschäftigte kommen 15 843 männlichen und 512 weiblichen, insgesamt 16 355 in Frage. Die Kalkindustrie war mit 33 Bewegungen beteiligt (9 Bezirks-, 2 Orts- und 27 Werkverträge). Beschäftigte 12 974 männliche, 330 weibliche, insgesamt 13 304. Es folgen dann die Mosaik- und Wandplattenindustrie mit 7925 Beschäftigten, die Metallwarenindustrie mit 5094, Kali- und Soda-Industrie mit 2163 Beschäftigten. Besonders ist zu bemerken, daß in verschiedenen Bezirken die tarifliche Erschaffung in den Bezirksverträgen der Ziegelindustrie erfolgt ist, anderenfalls wäre, wenn alle Kalkindustrie tariflich befreit erachtet wären, die Beschäftigtenzahl größer. Eine größere Beschäftigtenzahl ist noch bei den Ofenfabriken zu verzeichnen, und zwar 206. Hier sind aber meist nur die Hilfsarbeiter durch unsere Organisation tariflich erfaßt, während die Töpfer eigene Tarife haben, die durch den Baumarktshand, dem die Töpfer angehören, abgeschlossen werden. Die gegenüber der Gesamtzahl der Beschäftigten übrigbleibenden 13 324 verteilen sich auf kleinere Industriegruppen, welche nur wenige Betriebe umfassen.

Im ganzen sind in der Gruppe Grobkeramik 473 Bewegungen eingeleitet, wovon zurzeit der Abschluß des Bezirks 400 als erledigt gemeldet waren. Von 73 Bewegungen lagen über die Erdigung noch keine Mitteilungen vor. Von diesen 73 betrafen 3 Bezirks-, 30 Orts- und 50 Werkverträge.

Die sonstigen Arbeitsbedingungen, wie Arbeitszeit, Urlaub usw. und in 285 Montagsverträgen geregelt, wovon der größte Teil bereits seit dem Jahre 1927 in Geltung ist bzw. 1927 neu abgeschlossen wurde. Ein kleiner Teil ist noch länger in Geltung. Lediglich die Arbeitszeitbestimmungen und den neuen gesetzlichen Bestimmungen angepaßt worden. Was 1928 an Mantelverträgen neu abgeschlossen wurde, betrifft zum größten Teil Betriebe, welche vorher überhaupt noch nicht tariflich erfaßt waren.

Die 285 in Geltung befindlichen Montagsverträge betreffen 1 Bezirk-, 64 Bezirks-, 61 Orts- und 159 Werk-, bezw. Firmenverträge.

Erledigt durch Abschluß größerer Allgemein-Lohnverträge wurden 1 Bezirk-, 8 Orts- und 37 Werk- oder Firmenverträge.

In größere Mantelverträge gingen über 1 Bezirk-, 3 Orts- und 17 Werk-, bezw. Firmenverträge.

Erfolatos blieben im Jahre 1928 acht Lohnbewegungen für Einzelwerke, weil die Belegschaften es vorgezogen hatten, der Organisation wieder den Rücken zu kehren. Ebenso hatte ein wilder Streik in einem kleinen Werk keinen Erfolg.

Durch Stilllegung von Werken wurden 5 Lohnverträge und 2 Mantelverträge erledigt.

Bei den noch nicht erledigten Lohnbewegungen ist zu bemerken, daß bei einem großen Teil erst in letzter Zeit die Belegschaften ergründet wurden, weil entweder die Belegschaft sich vor kurzer Zeit organisiert hatte, oder die Aktion 1928 abgefallenen Tarife eine kurzfristige Forderung hatten, jetzt also wieder neu abgeschlossen werden müssen.

Beim Hauptvorstand waren circa 60 Anträge auf Streikgenehmigung gestellt, wovon die Mehrzahl durch nachhaltige Verhandlungen, ohne daß es zum Kampf gekommen ist, erledigt wurden. Streiks sind, soweit sie der Branchenleitung bekannt wurden, circa 30 geführt, wovon wiederum der größte Teil nach einigen Tagen Dauer durch Abschluß von Verträgen erledigt wurde.

Von längerer Dauer waren folgende Streiks: Ziegelindustrie Bielefeld und Umgebung von einigen Wochen Dauer, Wittenberg — Ziegelfabrik Magdeburg circa 6 Wochen, Kreiswald — Ziegelindustrie circa 12 Tage, Brandenburg — Ziegelwerke Köthen bei 12 Tage, Flößbauer — Ziegelwerke, Schildau in Sachsen, circa 14 Tage, Ziegelindustrie Delmenhorst (Gruppenbüro) vom 12. 5. bis 2. 6. 1928, Zementindustrie Rheinland-Westfalen vom 26. 4. bis 19. 5. 1928.

Kalzindustrie, Kalkwerk Marienhagen (Gronau) circa 6 Wochen, Kalk- und Mineralmühlenwerke Lang & Co., Marktredwitz, circa 14 Tage. Kalzindustrie Elberfeld-Dornap circa 8 Tage.

Steinzeugwerke Hoffmann und Küttner vom 3. 5. bis 21. 6. 1928.

Kreideindustrie Müggen circa 14 Tage. Horsteinwerk Gruppenbüro, Zahlstelle Delmenhorst, vom 4. 5. bis 2. 6. 1928.

Tonwaren Schwerin & Co., Rausch (Zahlstelle Waldburg-Saaren), vom 23. 6. bis 6. 8. 1928.

In den Dienstboten Werkstätten streikten die Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen vom 23. 8. bis 26. 4. 1928.

Bei dem Streik in der Ziegelfabrik Magdeburg, Zahlstelle Wittenberg, war bemerkenswert, daß er nach 6 Wochen Dauer abgebrochen werden mußte, weil sich zu viel Streikbrecher (nicht aus den Reihen der Streikenden) gefunden hatten, daß eine Fortführung des Kampfes aussichtslos erschien. Anscheinend hatten aber die Streikbrecher nicht auswiel produktive Arbeit geleistet, denn sie wurden nach Beendigung des Streiks alle wieder entlassen, und dafür sämtliche am Streik beteiligten Arbeiter wieder eingestellt. Die Löhne, welche durch einen Schiedsspruch, wegen dessen Durchführung die Arbeitgeber streikte, festgesetzt waren, und welche der Unternehmer nicht zahlen wollte, wurden nach Beendigung des Streiks gezahlt. Also trocken auch hier ein Erfolg.

Die Ursachen der Streiks lagen fast immer darin, daß die Unternehmer entweder gar keine oder nur eine ganz geringe Lohnhöhung bewilligen wollten. In einigen Fällen, wo die Unternehmer nicht die im Bezirklohnart oder durch Schiedsspruch festgesetzte Löhne zahlen wollten, musten sie nach Beendigung des Streiks noch mehr bezahlen, als wenn sie die festgesetzten Löhne von vorherhin querkannt hätten. So u. a. in Freitalwald a. d. L. und in Eisenach (Ziegelindustrie). In beiden Fällen kam gegen die ursprünglich festgesetzten Löhne 2 Pt. an Lohnhöhung mehr heraus.

Auch in der rheinischen Bimsindustrie, sowie in der Zementindustrie Rheinland-Westfalen, wo ungenügende Schiedssprüche gefaßt waren, konnte durch den Streik das Ergebnis der gefaßten Schiedssprüche erheblich verbessert werden. Ebenso auch in der Kreideindustrie Müggen.

Verschiedentlich hatten Unternehmer von vornherein abgelehnt, über Neuregelung von Löhnen zu verhandeln, ließen sich aber nach kurzer Dauer des Kampfes eines Besseren belehnen und schlossen Tarife ab.

In Ostpreußen war für einen größeren Bezirk der Ziegelindustrie ein Bezirksvertrag durch verbindlich erklärten Schiedsspruch festgesetzt. Zur Durchführung dieses Vertrages trat die Arbeiterschaft in einigen Werken in den Streik, was von den Arbeitgebern in verschiedenen anderen Werken mit Auspaltung beantwortet wurde. Die Parole des Arbeitgeberverbandes (Auspaltung) wurde aber nicht von allen Ziegelsteinen befolgt. Nach einer Meldung von Mitte August hatten sich von 32 Ziegelsteinen 23 an der Auspaltung nicht beteiligt. Über den weiteren Werken dieses Kampfes lagen zurzeit noch keine Meldungen vor.

Nach den Berichten waren circa 10 000 Beschäftigte an Streiks beteiligt. Das ist ein geringer Bruchteil der Gesamtbeschäftigungszahl, für die im Jahre 1928 überhaupt Lohnbewegungen geführt wurden. Auch ein Zeichen, daß die Konjunktur im Jahre 1928 noch so einigermaßen zufriedenstellend gewesen ist. Die Mehrzahl der Unternehmer hat es vorgezogen, wenn auch vielleicht erst durch Schiedssprüche gezwungen, sich in friedlicher Weise mit der Arbeiterschaft zu verständigen. Mößt der Arbeiterschaft in es nun, ihre gewerkschaftliche Organisation, den Keramischen Bund, Abteilung des Verbandes der Arbeiterschaft Deutschlands, so zu festigen, daß es auch in Zukunft möglich ist, die Bewegungen ohne große Widerstände zu Ende zu führen. Je festgezelter die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterschaft ist, desto reißlicher werden es sich die Unternehmer überlegen, ehe sie es zu einem Kampf kommen lassen.

Was nun den Erfolg der Lohnbewegungen betrifft, so trifft das bereits in Nr. 23 des „Keramischen Bundes“ vom 23. Juni d. J. mitgeteilt zu. Nur ganz unerhebliche Veränderungen sind innerhalb einiger kleiner Industriegruppen eingetreten, die für das Gesamtergebnis keine Rolle spielen.

Die große Anzahl von Tarifen, die innerhalb der Gruppe Grobkeramik abgeschlossen werden mußten, birgt eine Riesenmenge Arbeit und Zeit in sich. Es muß das Bestreben aller Arbeiter, sowie der mit Abschluß von Tarifverträgen besetzten Kolleginnen sein, auch in Zukunft eine größere Vereinheitlichung unseres Tarifwesens herbeizuführen. Bereitsendlich haben diese Verhandlungen auch im Jahre 1928 Erfolg gehabt, wie aus obigen Mitteilungen über die durch Abschluß größerer Verträge geschlossenen Lohn- und Manteltarife hervorgeht. Diese Verhandlungen müssen auch in Zukunft fortgesetzt werden.

Welche Umfang Zeit, Arbeit und Geld könnte erwartet werden, wenn in unserem Tarifwesen mehr Einheitlichkeit vorhanden wäre. Voranschlag zur Erreichung dieses Ziels ist allerdings eine gute Organisation. Dazu muß jede Kollegin und jeder Kollege beitragen helfen. Auch die leichte Arbeiterin und der leichte Arbeiter muß gewerkschaftlich erfaßt werden. Sind die Verhandlungen gegeben, wird auch der Kampf um Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft in den Industrien der Steine und Erden in Zukunft erfolgreicher gestaltet werden können.

Ein Arbeitsgerichtsurteil.

Nachdem der Rahmen- und Lohnvertrag abgeschlossen ist, haben die Unternehmer bei der Festsetzung der Ablösefeste alle verloren, die Lohnhöhung den Arbeitern vorzuenthalten. Der Arbeitgeberverband hat durch ein Rundschreiben alle seine Mitgliedsfirmen aufgefordert, die Normalleistung zu erhöhen und auf diese Art und Weise die Lohnhöhung klarzustellen zu machen. Wie der Blitz aus heiterem Himmel versuchten die Arbeitgeber einheitlich auf der ganzen Linie eine Woche nach den Verhandlungen überall die Ablösefeste zu drücken. Die Arbeiterräte, die sich dagegen wandten, wurden mit Entlassung gedroht und man versuchte ihnen auch außerhalb an die Notschäfe zu binden. Bei der F

